1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 5 vom 3. Februar 1984 | 18. Jahrgang | 1 DM

Diese Woche

Betriebsrat bei Peine/Salzgitter entlassen Seite 4

Grüne: Juniorpartner der SPD? Seite 9

Iran — 5 Jahre Danach Seite 11

Armer MAD?

Liest man heutzutage die bürgerliche Presse, speziell den „Spiegel", so ist bei Artikeln unter der Überschrift „MAD" in der Tat kaum festzustellen, ob es sich dabei um eine Abhandlung über das amerikanische Nonsensmagazin handelt oder über den Militärischen Abschirmdienst der Bundeswehr.

Von Tölpeln wimmelt 's überall und Dummheit bringt sie stets zu Fall. So ungefähr die Quintessenz. Und eben davor sollte man sich hüten. Es ist doch auffallend, zumindest für jemand, der schon mal mit dem MAD zu tun hatte, (mit dem Geheimdienst wohlgemerkt), daß ein ganzer Bereich der „Arbeit" des Dienstes außen vor bleibt in all diesen Berichten und Unfähigkeitsschmähungen. Derjenige in der Armee jedenfalls.

Gerade fortschrittlich eingestellte Wehrpflichtige, Revolutionäre gar, die wissen ein Lied davon zu singen, daß dieser MAD gar nicht so ein Tölpelhaufen ist, sondern ein wichtiges — und effektives — Mittel zur Unterdrückung oppositioneller Regungen in der Bundeswehr.

Und dies ist denn beispielsweise auch einer der Gründe dafür, weshalb in solchen Artikeln wie im „Spiegel" so plötzlich und der eigentlichen Darstellung nach unvermittelt etwa der KBW so oft und so zentral auftaucht. Mit seiner Arbeit in den „Soldaten- und Reservistenkomitees" hatte er, wie erfolgreich auch immer, die Bundeswehr angepeilt, und daher rührt dieses Interesse und nur so ist es auch erklärlich und vermittelt. Das mag heute lange her sein, aber es ist Fakt.

Nein, auf den Karren des Kicherns über die Tölpel vom Geheimdienst sollte man eigentlich nie hereinfallen und in diesem Fall schon gar nicht, dem widersprechen zu viele regelrechte Erpressungen, die diese Leute schon inszeniert haben und mit mehr Geschick, wenn es sich nicht um einen reaktionären General handelte.

(Siehe dazu auch Artikel auf Seite 2: „Im Hintergrund: Die Generale").

CSU fordert „große Kabinettsumbildung"

Wird Strauß Wehrminister?

Die ausdrückliche Zurückhaltung, mit der die CSU bisher auf die „Affäre Kießling" reagiert hat, wurde in den letzten Tagen durch eine Welle von Spekulationen über das „Welt"-Interview (oder nicht) von Franz Josef Strauß abgelöst. Dabei wurde ganz massiv die Forderung nach einer „Großen Kabinettsumbildung" ins Gespräch gebracht. Das ist der bisherige Höhepunkt der nun schon eineinviertel Jahre andauernden Versuche von Strauß, in Bonn Minister zu werden.

Als „Kandidaten" für die Umbildung werden serienweise Mitglieder des skandalgeschüttelten Kohl-Kabinetts genannt. Neben Lambsdorff und Wörner auch die Minister Engelhard, Geißler und vor allem — größter Kandidat auf die Rolle des nächsten Skandaleurs — Schwarz-Schilling.

Ohne Zweifel ist diese veränderte Vorgehensweise der CSU ein Ausdruck davon, daß das Großkapital mit dieser Regierung nicht mehr so zufrieden ist, wie noch bei der Wahl. Sie arbeitet für die Ziele der Reichen dieses Landes weder effektiv genug, noch schafft sie, durch einen Fall nach dem anderen daran gehindert, die erwünschte politische „Ruhe", den erhofften Eindruck der „Seriosität".

Da wäre zweifelsohne eine größere Umbildung, ein Aufwasch besser als ein allmähliches Abstreifen bald dieses, bald jenes Ministers. Und da wäre eine Umgruppierung, die den „starken Mann" ins Kabinett bringt, sicherlich im Sinne der kapitalistischen Auftraggeber dieser Regierung.

Strauß hat sich dazu direkt bereits so geäußert, wie er es immer getan hat, bevor er einen Posten übernahm: Er werde es nicht gerne tun, sondern als Pflicht betrachten. Solcher Art Pflicht aber ist er bisher noch immer nachgekommen, zum letzten Mal als Kanzlerkandidat 1980.

Strauß als Minister eines zentralen Amtes, Strauß wieder als Wehrminister? Berufen dazu fühlt er sich sicherlich, wie auch zum Außen- oder Finanzminister usw. Und daß er, als der politische Repräsentant gerade jener Teile der kapitalistischen Klasse, die am meisten mit dem Rüstungsgeschäft zu tun haben, diesen Kreisen sehr willkommen wäre, steht außer Zweifel. Seine früheren Beschaffungsaffären haben bereits deutlich gezeigt, daß er skrupellos im Dienste des Rüstungskapitals arbeitet.

Wichtiger aber als die oder jene Spekulation oder auch konkrete Überlegung, wie die wankende Bonner Regierung weitermacht, sind die Perspektiven, die diese Entwicklung beinhaltet.

Die Regierung wankt? Ja, durchaus, aber in einer ganz bestimmten Weise. Sie wankt nicht aufgrund des Ansturms des Widerstands progressiver Kräfte, sondern aufgrund — vor allem — von inneren Streitigkeiten usw. der reaktionären Front selbst. Das Kapital stellt weitergehende Forderungen, die Generale stelle Forderungen, die CSU stellt Forderungen, taktische Zwänge stellen ebenfalls Forderungen — in dieser Zwickmühle sitzt Kohl und wird wegen seiner Passivität zunehmend von der Reaktion „verwarnt".

Also liegt die Schlußfolgerung für diese Kreise auf der Hand: Sie wollen eine stärkere reaktionäre Regierung. Mit oder ohne Strauß (und „mit" erscheint gegenwärtig wesentlich wahrscheinlicher als je zuvor in den letzten 16 Monaten) wird eine solche Umbildung eben gerade dazu dienen: Diese Politik, für die diese Regierung steht,, weiterzustärken, durch eine „bessere" Mannschaft vertreten zu lassen. Und nach Lage der Dinge steht eine solche Umbildung zu erwarten — früher oder später, auch hier: eher früher. Strauß als Wehrminister — das wäre dafür natürlich ein regelrechtes Signal.

Gericht erklärt Polizeieinsatz für rechtswidrig

Klaus Jürgen Rattay — Opfer des Polizeiterrors. Opfer der CDU-Politik

Am 25. Januar 1984 stellte die erste Kammer des Westberliner Kammergerichtes fest: Der Polizeieinsatz vom 22. September 1981 in Westberlin, durch den der 18jährige Klaus-Jürgen Rattay ums Leben kam, war illegal.

Erinnern wir uns: „Westberlin, Dienstag, 22. September: Auf Geheiß von Innensenator Lummer (CDU) beginnt die Polizei mit der gewaltsamen Räumung von acht Häusern, die von jungen Menschen instandbesetzt worden sind. 1800 schwerbewaffnete Beamte, unterstützt von Wasserwerfern, marschieren, schlagen sich den Weg zu und in die Häuser frei, schlagen auf Menschen ein, schlagen Türen und Fenster kaputt.

Lummer selbst treibt die Provokation auf die Spitze: Er zieht wie der Feldherr siegreicher Truppen in eins der geräumten Häuser ein, um dort eine Pressekonferenz zu geben. Gegen die empörten Bürger wird die Polizei in Bewegung gesetzt. Sie treibt Tausende bei Rot über die vielbefahrene Potsdamer Straße. Klaus-Jürgen Rattay, 18 Jahre jung, wird von einem Bus erfaßt, 50 Meter mitgeschleift. Er ist tot. 500 Menschen halten Totenwache an der Stelle seines Sterbens. Sie verdecken die zwei Meter lange Blutlache mit Rosen. In ihre Reihen fahren die Wasserwerfer. Die Blumen werden von Polizeistiefeln zertreten. Die nackte Gewalt regiert in Berlin. CDU-Lummer hat sein Ziel erreicht. „Der 1. Tote", meldet die „Bild"-Zeitung in dicken Lettern. Es soll offenbar nicht bei einem bleiben!"

So stand es damals im „Roten Morgen".

Mehr als zwei Jahre später befindet ein Gericht, daß der Polizeieinsatz gegen die Menschenmenge vor dem Haus, in dem Lummer sich stolz der Presse präsentierte, illegal war — er richtete sich gegen eine erlaubte „Spontandemonstration".

Folgen für die Polizeiführung und die politisch Verantwortlichen, alle voran Lummer? — Bislang Fehlanzeige. Damals forderten viele Lummers Rücktritt. Damals verweigerte die SPD im Senat einem entsprechenden Antrag der AL ihre Zustimmung. Heute ist die SPD-Führung viel zu sehr im publikumswirksamen Gerangel um Wörner (und der Verteidigung der Bundeswehr-Generalität) verstrickt, um hier mal konsequent nachzuhaken. Es ist ja auch nur der Tod eines Jugendlichen, um den es hier geht.

Für uns aber und für alle Antifaschisten ist Klaus-Jürgen Rattay immer unvergessen geblieben. In Westberlin wurde kein Hausbesetzer mehr in den Tod getrieben. Aber knapp zwei Jahre nach dem Tod Klaus-Jürgen Rattays, am 30. August 1983, stürzte sich Kemal Altun aus einem Fenster im sechsten Stock des Westberliner Verwaltungsgerichts. In den Tod getrieben auch er, durch die Asylpolitik der CDU/CSU-Regierung.

Lummer und Zimmermann, das sind zwei Repräsentanten einer Politik, die heute bereits tötet. Einer Politik, der entschlossener Widerstand entgegengesetzt werden muß.

Belegschaft soll ausgeliehen werden!

Stahlkonzern greift zu Sklavenhaltermethoden

In einem Flugblatt, das am 26. Januar bei den Hoeschbetrieben in Dortmund verbreitet wurde, enthüllt die RGO-Betriebsgruppe die jüngste Schweinerei des Vorstands — die nebenstehende Anzeige in der Stuttgarter Zeitung war bereits am 19. November erschienen, jetzt wurde klar, daß sie von Hoesch stammt. Dazu das Flugblatt:

Skandal —

Anders kann man die nebenstehende Anzeige wohl kaum bezeichnen — denn hinter der Nummer Z 2306538 verbirgt sich niemand anderes als: Hoesch!!

Der Hüttenvorstand hatte mal wieder einen angeblichen Personalüberhang entdeckt — bei der Überlegung, wie dieser noch möglichst profitabel zu verwerten sei, kam man auf die Idee:

Aus Hoesch-Arbeitern mach Leiharbeiter!

Mal nach Bremen, mal nach Berlin, man in den schönen Bayrischen Wald — aber auch in den USA oder in Sibirien gibt es immer wieder Interessenten an billiger, jederzeit wieder abschiebbarer Arbeitskraft.

Im Hinblick auf einen Streik zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche mag mancher Kapitalist ja sogar an Streikbrechern Interesse haben ... und dafür sind Leiharbeiter von Sklavenhändlern sicher gefragt!

Wie man hörte, hat sich der neue Vorstandsvorsitzende — Dr. Koenitzer — als erster gemeldet, um in einen Einsatz bei einer anderen Firma geschickt zu werden. Warum? Er — über 55 und damit eigentlich sozialplanreif — will vor seinem Ausscheiden noch einmal auf Hoesch-Kosten die weite Welt kennenlernen — na denn, gute Reise! An die Betriebsratsgremien wäre die Frage zu richten: Wie ist es eigentlich mit der Forderung der IGM nach einem Verbot von Leiharbeit???

Die Nachfrage unter den Kollegen war riesengroß, der Phoenix-Betriebsrat setzte eigens eine Sondersitzung an. So weit, so gut — ob jetzt was passiert?

Ihr Unternehmen hat

vorübergehenden Personalbedarf

weil

- es kostengünstig Arbeitsspitzen abdecken muß
- es neue Märkte erschließen, sich aber mit Fixkosten noch nicht auf Dauer belasten will

Unser Unternehmen hat

vorübergehenden Personalüberhang

weil

- wir z. Z. rationalisieren und umstrukturieren.

Wir wollen unsere qualifizierten Mitarbeiter nicht entlassen, weil unsere Personalplanung zeigt, daß wir sie in absehbarer Zeit wieder brauchen.

Zur Überbrückung suchen wir Unternehmen, die diese bewährten Mitarbeiter, z. B. Elektriker, Schlosser, Dreher, vorübergehend in ein Leiharbeitsverhältnis nach Arbeitnehmerüberlassungsgesetz übernehmen.

Ihre Anfrage richten Sie bitte unter Z 2306538 an den Verlag.

Diese Anzeige gab Hoesch in der „Stuttgarter Zeitung" vom 19.11.83 auf.

Nach Kießlings Entlassung — Wörners Rücktritt?

Im Hintergrund: Die Generale

Eine relativ seltsame, komplizierte Entwicklung hat der „Fall Kießling" genommen. Nicht nur, daß er alle anderen Fragen, die mit Bundeswehr und NATO zu tun haben, in den Hintergrund gedrängt hat, auch die Aufrüstung. Nein, es sind vielmehr die verschiedenen Frontstellungen und Bekundungen, die die Sache komplizieren.

Es ist doch so: Der fortschrittliche Teil der Öffentlichkeit freut sich. Und zwar darüber, daß diese Regierung von einem Fettnäpfchen ins nächste tappt. Versucht man dann, die Fragen in ihrer Gesamtheit aufzuwerfen, heißt es schnell: Bist Du etwa nicht dafür, daß der Wörner zurücktritt? Oh, doch, selbstverständlich. Bei jeder Abstimmung über einen Minister dieser Regierung würden die Kommunisten stets für Rücktritt stimmen, bei der ganzen Regierung erst recht.

Oder: Bist Du etwa nicht dagegen, daß gegen die Homosexuellen gehetzt wird? Auch hier ein einfaches: Ja, ich bin dagegen. Obwohl gegenwärtig davon nicht viel zu sehen ist, an eine besondere Kampagne zu glauben, fällt angesichts der Tatsachen schwer.

Was zu denken gibt: Ist eigentlich das Offizierskorps der Bundeswehr engster Bündnispartner der Emanzipationsbewegung der Homosexuellen? Die Leserbriefkampagne aus dieser militärischen Ecke läßt es vermuten. Noch selten haben die Homosexuellen von einer so staatstragenden Instanz so viel Verständnis serviert bekommen. Doch dies ist ein Nebenaspekt.

Das Wichtige daran ist: Die Vielzahl dieser Briefe. Keine Tageszeitung heute ohne Brief eines Offiziers zu der Sache, die benachbarte Garnison wird interviewt und so weiter und so fort — bis zu den, für die BRD wahrlich in dieser Art neuen, Großauftritten der Generale Schmückle und Altenburg. Generalinspekteur Altenburg, oberster Soldat der Bundesrepublik, unterstützte in seiner Erklärung die Maßnahme des Ministers dermaßen lau, daß es jedem auffallen mußte, der sich nicht vom „Unfähigkeitstaumel" fortreißen ließ.

Die sozialdemokratische Presse tut sich besonders dabei hervor, den Stimmungszustand in der ach so armen, verfolgten Bundeswehrgeneralität, im Offizierskorps schlechthin in Breitwand auszumalen.

Zwei Bemerkungen an dieser Stelle.

Zum einen: „Was den Kießling zum Miesling macht, hat er gestanden, daß er Vier-Sterne-General der NATO war" — so schrieb es Gremlitza in „Konkret" und dem ist hier nichts hinzuzufügen.

Zum zweiten: Die Leute,die hier so sehr in den Vordergrund kommen, die hier bedauert werden, das sind üblicherweise jene, die Militärputsche zu machen pflegen. Bei uns undenkbar? Man wird noch sehen.

„Die Regierung muß das Vertrauen einer gedemütigten Armee wiedergewinnen." Das ist die Forderung von Kießlings Vorgänger, dem General a.D. Gerd Schmückle. Der „Spiegel" hat ihm den Platz für diese Forderung zur Verfügung gestellt.

Das ist doch nichts anderes als die logische Folgerung aus dem ganzen Rummel um das Offiziersehrenwort, das angegriffen werde.

Nun: jeder fortschrittliche Mensch sollte doch eigentlich denken, daß ein solches Offiziersehrenwort das Papier nicht wert ist, auf dem es geschrieben steht. Es ist nicht nur die deutsche Geschichte, die dieses lehrt.

Zum Fürsprecher dieser Forderung machen sich mit wahrer Wollust die rechten Sozialdemokraten. Ein Hans Apel, der diese Regierung anklagt, die „sensible" Bundeswehr geschädigt zu haben, will doch geradezu geifernd beweisen, daß er der bessere Militärminister wäre. „Sensibel"? Das kann wohl kaum im Sinne von zärtlich oder liebevoll gemeint sein. So ein Schelm ist der Apel nicht. Das kann nur im Sinn von reizbar verstanden werden, und Schmückles Ausführungen zeigen es in der Tat.

Mit welchem Recht eigentlich stellt sich da ein Militarist, ein Kriegsplaner hin und fordert, die Regierung müsse das Vertrauen der Armee wieder gewinnen? Die letzte Regierung, die innerhalb der NATO das Vertrauen der Armee verloren hatte, war die in der Türkei gewesen, die Konsequenzen sind sattsam bekannt. Nun ist hier die Lage anders, aber die Parallelen sollte man nicht übersehen.



Generalinspekteur Altenburg mobilisiert das Offizierskorps

Das ist doch insgesamt genau jene Haltung, die der Armee eben einen besonderen Status zuordnet, die eben nicht ihre Integration ins politische Geschehen, wie es solange gefordert wurde, zum Ziel hat, sondern ihre Sonderstellung, ja, ihre Eigenständigkeit, kurz: ihre Rolle als „Staat im Staate". Nicht der „Bürger in Uniform", was immer das auch gewesen sei, ist hier beleidigt, denn der sollte ja eben ein Bürger wie jeder andere sein. Nein, angesprochen ist der Soldat. Der Offizier ist damit natürlich gemeint, denn schwerlich ist es zu glauben, daß sich die Wehrpflichtigen beleidigt fühlen, wenn diese Herren sagen, „die Armee" sei beleidigt. Schütze Arsch im dritten Glied bestimmt nicht.

Diese Regierung zu beurteilen, das ist hier wahrlich nicht die Aufgabe — die kommunistische Meinung zu ihr ist in den Spalten dieser Zeitung nun wahrlich altbekannt.

Aber: Wenn diese Regierung jetzt aufgefordert wird, das Vertrauen der Generale wiederzugewinnen, wieder Ordnung ins Haus zu bringen, wenn diese Forderung sogar noch von einem Teil der oppositionellen Kräfte faktisch unterstützt wird, dann ist es höchste Zeit Halt! zu rufen.

Wie denn? Wodurch denn? Durch die Verstärkung des militaristischen Geistes? Durch die Erhebung des Offiziersehrenwortes in Verfassungsrang? Durch einen Erlaß, daß Zivilisten den Gehsteig freizumachen haben? All dies würde dieser Regierung sicherlich nicht schwerfallen.

Die „Fritsch"-Affäre der Nazis 1938 wird da angeführt — ja sogar in der „Zeit" als die endgültige Machtübernahme der Nazis dargestellt. Eine schlimme Bagatellisierung dessen, was da zu jenem Zeitpunkt schon fünf Jahre über Deutschland raste, mit Wissen, Billigung und Unterstützung der Reichswehrgeneralität, ohne die es keinen Hitler in dieser Form gegeben hätte. Nein — diese Bundeswehrgenerale sollen keinen „Schutz vor der Politik" haben, sie sollen nicht in der Grauzone schalten und walten können, wie sie es heute, anhand der Kießling-Affäre zum ersten Mal öffentlich sichtbar, tun.

Wenn die Opposition im Bundestag — und auch ein General Bastian äußerte sich ja voll Begeisterung über das Offiziersehrenwort — dieses Spiel mitmachen, wenn ein Hans Apel sich erneut als ebenso unrettbar wie erfolgloser Militarist kenntlich machen will, wenn ihre Presse und alle liberalen Medien sich zum Beschützer der Generalität aufschwingen, so ist das eine Sache. Eine schlechte Sache zwar, aber getrennt zu beurteilen von der noch viel schlimmeren Tatsache, daß selbst Teile der Friedensbewegung sich zum Verteidiger der Generale machen. Obwohl sattsam bekannt ist, daß es nicht um wirkliche Widersprüche, etwa zwischen besonders aggressiven und anderen Kräften geht, alle Fakten sprechen überlaut dagegen — Kießling ist ein Kriegstreiber und hat als solcher gewirkt.

Widersprüche zwischen Kießling und Rogers? Darüber zu spekulieren ist eine Sache — von der zu fragen ist, wie sinnvoll sie sei. Darauf aber sogar eine politische Haltung aufzubauen, ist blankes Abenteurertum, das eben, im schlimmsten Falle, dazu führen kann, daß man sich, gegen seinen eigenen Willen, zum Handlanger der Generale macht. Es mag solche Widersprüche gegeben haben — sie hat es immer wieder zwischen verschiedenen „heißen Kriegern" gegeben, auch in Hitlers Generalstab.

Eine Bewegung, die in ihrem Ursprung — unter anderem — einen solchen Kampf hat wie jenen gegen die öffentlichen Vereidigungen, einen Kampf gegen die Förderung alter militaristischer Traditionen also, eine solche Bewegung sollte sich nun wahrlich nicht so weit erniedrigen, das Ehrenwort eines Offiziers zu verteidigen.

Wenn diese ganze Angelegenheit sich so weiter entwickelt wie bisher, könnte es sein, daß eines Tages die Freude der fortschrittlicheren Teile der Bevölkerung dieses Landes in pures Entsetzen umschlägt, wenn man erkennt, was daraus geworden ist.

Wenn Wörner zurücktritt, weil der MAD tappig gearbeitet hat — soll man sich denn über einen effektiv arbeitenden MAD (dazu an anderer Stelle mehr) freuen? Wenn Wörner zurücktritt, weil er aufgrund der tappigen Arbeit des MAD einen Vier-Sterne-General entlassen hat, obwohl dieser ein Ehrenwort gab — soll man sich denn über die Wiederaufwertung dieses militaristischen Unsinns, der so gut in die geistig-moralische Wende hineinpaßt, etwa auch noch freuen?

Nein, ein solches Ergebnis wäre für alle fortschrittlichen Kräfte kein Grund zur Freude. Es geht nicht um Herrn Wörner. Es geht um die politische Entscheidungen, die damit verbunden sind. Wörner kann zurücktreten, soll zurücktreten, ganz weit zurück. Der Abschluß seiner Karriere als Segelflieger auf der schwäbischen Alb würde ihm zwar in der Seele weh tun, aber was soll's, es geht um anderes.

Es geht darum, daß hier ein Augenblick gekommen ist, in dem die Generalität der Bundeswehr die politische Bühne offen betritt, indem sie einen A.D. Schmückle vorschickt, der ihre Forderungen an die Regierung hart und deutlich formuliert. Es geht darum, daß diese Forderungen rundweg abgelehnt werden müssen, weil ihre Erfüllung nur zu gut in das Konzept der Reaktion passen, wie es mit der Wendepolitik entworfen wurde. Die Haltung von Strauß zeigt dies überdeutlich. Er fordert, reinen Tisch zu machen, und meint, Wörner soll gehen, weil er die Bundeswehr falsch behandelt hat. Wenn die Apels und Co. meinen, sich anbiedern zu müssen, so zeigt das nur, wie verkommen sie sind — davon sollte man sich wahrlich nicht mitziehen lassen, auch nicht als Sozialdemokrat.

Denn man sollte eines nicht vergessen: Sicher besteht kein Interesse daran, daß diese Regierung der Skandalminister (zwei sind schon verwickelt, zwei weitere bahnen sich an) stabil werde. Aber Instabilität dieser Regierung heißt noch lange nicht automatisch auch Instabilität der Reaktion, das kann auch ganz anders laufen und ausgenutzt werden. Politisch heißt dies nichts anderes, als daß jeder Versuch, die Rolle der Bundeswehrgenerale aufzuwerten, bekämpft werden muß.

Helmut Weiss

Friedensbewegung in der DDR

Einige mußten freigelassen werden

Die beiden „DDR-Friedensfrauen", die vor vier Wochen verhaftet worden waren, weil sie sich mit einer Vertreterin der englischen Friedensbewegung getroffen hatten, mußten jetzt freigelassen werden. Mit Sicherheit haben die massiven öffentlichen Proteste erheblich dazu beigetragen. Freigelassen wurden auch zwei weitere Vertreter der Jenaer Friedensgemeinschaft, die zu 20 Monaten Gefängnis verurteilt worden waren. Sie wurden zusammen mit 73 anderen politischen Gefangenen aus der DDR in die BRD ausgewiesen.

Trotzdem sind immer noch viele Anhänger der Friedensbewegung im Gefängnis. Nicht nur in Jena, sondern auch in Potsdam, in Weimar, in Karl-Marx-Stadt usw. Und seit bald drei Jahen sitzen unsere Genossen, Andreas Bortfeldt und Manfred Wilhelm, in den Gefängnissen in Bautzen und Brandenburg — bisher ohne das geringste Anzeichen auf eine Änderung ihrer Lage. Solidarität tut hier sehr not! Schreibt den Genossen, unterstützt den Aufruf der Angehörigen der Gefangenen!

Andreas Bortfeldt, 8600 Bautzen/DDR, PSF 100/II — Manfred Wilhelm, 1800 Brandenburg-Havel, PSF 66/9

Noch ein Vorstoß des CDU-Wirtschaftsrates

Sozialpläne sollen beschnitten werden

In der dritten Januarwoche fand ein wissenschaftliches Symposium des CDU-Wirtschaftsrates statt unter dem Titel „Arbeitsmarkt und Arbeitsvertrag". Dieser angebliche wissenschaftliche Kongreß — es fanden sich, wie immer, auch eine ganze Reihe von Doktores, die sich mühten, das Lied ihrer Geldgeber zu singen — hatte vor allem das Ziel, die Forderung nach einer Novellierung des § 112 des Betriebsverfassungsgesetzes zu untermauern.

In diesem Paragraphen ist die Pflicht festgeschrieben, einen betrieblichen Sozialplan aufzustellen, im Krisenfalle. Das geht den Herren zu weit: Sie ließen ihre Wissenschaftler beweisen, da eben diese Pflicht häufig der letzte Anstoß zum Konkurs sei. Also könne es in dieser Form nicht bleiben. Natürlich sei man nicht gegen Sozialpläne überhaupt, aber sie müßten ihren Abfindungscharakter verlieren, wieder eine Hilfe in der Notlage werden.

Dieser erneute wirtschaftspolitische Vorstoß geht nun wahrlich den seither praktizierten Maßnahmen sozialdemokratischer „Abfederungsmaßnahmen" ans Mark. War die Sozialpolitik bisher stets ein ganz entscheidendes Mittel gewesen, sich „Ruhe" zu erkaufen, indem man zwar Arbeitsplätze zuhauf vernichtete, aber es vielen Betroffenen „versüßte", so ist das seit langem den Kapitalisten zu teuer, soll's jetzt anders werden. Natürlich hält man sich einen Weg offen, bestimmte Bereiche, wie jüngst den Bergbau etwas besser zu „versorgen", aber dies ändert nichts daran, daß hier ein neuer Baustein der Wende vorgestellt wird, bzw., neu ist die Forderung ja nicht, im politischen Raum aufgegriffen und verbreitet wird.

Bisherige Funktion hin oder her — selbstverständlich muß man diese Regelung im Interesse der Arbeiter gegen diesen erneuten Vorstoß verteidigen.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Nr. 79 600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Türkische Antifaschisten in Hannover vor Gericht

Hasan und Orhan Öner müssen freigesprochen werden!

Bei einer Protestdemonstration gegen die faschistischen Grauen Wölfe am 21. Mai 1983 wurden Hasan und Orhan Öner verhaftet. Sieben Monate lang saßen sie im Gefängnis. Jetzt bricht die Anklage gegen sie immer mehr zusammen, beweist sich auch in diesem Prozeß die Verlogenheit von Polizeizeugen.

Mit ungeheurer Hetze wurden die beiden türkischen Antifaschisten, Vater und Sohn, vor allem in der ersten Zeit nach der Demonstration überzogen. Da war vor allem von „versuchtem Totschlag" gegen einen Polizeibeamten die Rede. Nach sieben Monaten stellte er sich als frei erfunden heraus, und die beiden mußten aus der Haft entlassen werden.

Der Hauptbelastungszeuge und Nebenkläger Fischbach, der angeblich schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte, entlarvte sich im Laufe des Verfahrens. Seine „schwere Verletzung" bestand in einer leichten Armprellung. Darüberhinaus tauchten polizeiinterne Protokolle auf, die nicht mit dem „Beweismitteln" übereinstimmten, die dem Gericht übergeben worden waren. Zum Beispiel das Foto, das den Vorwurf des Landfriedensbruchs belegen sollte: das Exemplar, das dem Gericht vorliegt, zeigt einen fliegenden Stein, das Exemplar der Polizei zeigt deutlich zwei Steine. Orhan Öner konnte sie nicht, zumindest nicht allein, geworfen haben. Die Reaktion des Vorsitzenden Richters: Er hörte den angeblich durch einen Steinwurf verletzten Polizisten Ebeling gar nicht mehr an.

Durch ein TÜV-Gutachten wurde mittlerweile auch der — nach Aufgabe der Anschuldigung des „versuchten Totschlags" — noch verbliebene Vorwurf der „gefährlichen Körperverletzung" schwer erschüttert bzw., richtiger ausgedrückt, für jeden objektiven Beobachter als unhaltbar erwiesen.

TÜV-geprüft wurde ein Helm, wie ihn der Polizist Fischbach getragen hatte. Fischbach hatte behauptet, die Angeklagten hätten ihn mit einer Eisenstange und einem Radmutternschlüssel angegriffen und auf den Helm geschlagen, der dabei zerstört wurde.

Der Gutachter, Dr. Gerlau, befand das schlicht für „unmöglich". Der Helm habe zum Zeitpunkt seiner Zerstörung nicht mehr auf dem Kopf eines Polizeibeamten gesessen und sei vermutlich dadurch kaputtgegangen, daß auf ihn „getreten oder gesprungen" wurde. Dr. Gerlau führte aus: „Auch die stärksten Männer des TÜV vermochten mit dem Schlüssel einen vergleichbaren Helm nicht so zu zertrümmern, wie es der leichtgewichtigen Hasan Öner vorgeworfen wird."

Der Verdacht liegt nahe, daß der Helm von Polizisten selbst zerstört wurde. Er lag sechs Wochen lang bei der Polizei, bevor er der Staatsanwaltschaft übergeben wurde.

Aber nicht nur die Tricks der Polizei kamen bei diesem Prozeß ans Tageslicht. Auch die Praktiken der Staatsanwaltschaft bei der Versorgung der Verfassungsschutzämter mit Fotomaterial.

Die Anwälte der Angeklagten konfrontierten Staatsanwalt Arnold mit einem Schreiben des niedersächsischen Innenministeriums an das Landgericht, in dem angefragt wird, ob Einwände gegen eine „Veröffentlichung" verschiedener numerierter Aufnahmen von der Demonstration bestünden. Somit wurde als erstes bewiesen, daß nicht nur Polizei, Staatsschutz und Gericht, sondern auch das Innenministerium eine Lichtbildmappe besitzt. Bei der Befragung gab der Staatsanwalt außerdem zu, daß er „keine Bedenken" dagegen hat, daß Landes- und Bundesamt für Verfassungsschutz zu „Aufklärungszwecken" mit Fotos beliefert werden. Was mit den Fotos wirklich geschehen soll, darüber verweigerten die Behörden jede Auskunft. Interessant ist das auch im Zusammenhang mit der inzwischen erwiesenen Tatsache, daß bundesdeutsche Geheimdienste mit türkischen Behörden zusammenarbeiten.

Somit können solche Fotos auch auf diesem Wege in die Hände der türkischen Faschisten gelangen. Vor kurzem gelangte zum Beispiel das Foto eines in Hannover demonstrierenden Asylbewerbers über Interpol in die Türkei. Die Polizei wies jede Verantwortung weit von sich. Vielleicht hat ja auch hier ein ermittelnder Staatsanwalt die Finger im Spiel.



Eine treffende Karikatur aus der „taz" vom 28. Januar

Metaller gedenken der verbrannten Abschiebehäftlinge

Eine nicht alltägliche Aktion führten Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall am vergangenen Donnerstag vor der Abschiebehaftanstalt Lichterfelde in Westberlin durch: Sie legten dort einen Kranz nieder, um der Häftlinge zu gedenken, die dort — völlig unrechtmäßig eingesperrt — bei einem Zellenbrand in der Silvesternacht ums Leben kamen. Maßgebliche Schuld an ihrem Tod tragen die für die Ausländerpolitik verantwortlichen Politiker. Das unmittelbare Verschulden liegt beim Wachpersonal, das bei Beginn des Brandes die Zellen verschloß und die Schlüssel wegwarf.

Schlappe für die Polizei im Krefelder Prozeß

In der letzten Woche mußte einer der Angeklagten im Verfahren gegen die antimilitaristischen Demonstranten, die gegen den Besuch des US-Vizepräsidenten Bush in Krefeld protestiert hatten, aus der Haft entlassen werden.

Jörn Ahlhorn saß seit fast sieben Monaten in Haft. Die Anklage gegen ihn lautet auf schweren Landfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Am Donnerstag letzter Woche verkündete nun die 1. Große Strafkammer unter Vorsitz des Richters Hegger ihren Beschluß, Jörn sei umgehend aus der Haft zu entlassen. Der Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs — auf ihn stützte sich der Haftbefehl — sei nicht aufrechtzuerhalten.

Herbeigeführt wurde diese Entscheidung höchst unfreiwillig durch den Polizeibeamten, der Jörg Ahlhorn am 25.6.1983 festgenommen hatte. Unter Eid sagte der Beamte aus, er habe eine schwarz behelmte Person beobachtet, die Steine oder andere Wurfgeschosse auf Polizisten geworfen habe. Er habe diese Person genau fixiert, dann verfolgt und schließlich festgenommen, und das sei dann eben Jörn gewesen.

Peinlich für Herrn Hergel, so der Name des eifrigen Ordnungshüters, daß Jörn an diesem Tag einen gelben Helm trug, was durch verschiedene Fotos eindeutig zu belegen war. Es stellt sich die Frage, wie der schwarze Helm zu den „Asservaten" des Gefangenen kam. Noch etwas sorgte für zusätzliche Verwunderung: Während bei der Gefangenensammelstelle drei Gegenstände als dem Gefangenen zugehörig asserviert worden waren, waren es am Prozeßtag schon neun. — Die Wege der Justiz sind wunderbar!

Es ging noch weiter. Hergel sagte aus, Jörn habe ihm „Kratzer zugefügt". Die Fotos beweisen aber, daß Jörn Handschuhe trug. Daran wiederum konnte sich Hergel gar nicht erinnern. Seine Selbstsicherheit schwand denn auch immer mehr dahin, und er mag es bald bedauert haben, all seine Aussagen auch noch beschworen zu haben.

Der Prozeß gegen Jörn Ahlhorn wird fortgesetzt. Verhandlungen laufen zur Zeit auch gegen Beate Wolter, Dora Peters und Anne Holling.

Im nächsten RM:
Berichte und Stellungnahmen über den Prozeß gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar und den Aufruf Wolfgang Pohrts für eine Amnestiekampagne für die politischen Gefangenen

Volkskorrespondenz aus Lübeck

Betriebsratsrechte aktiv verteidigt

Am 18.1.84 bestätigte das Landesarbeitsgericht (LAG) Kiel das Urteil des Arbeitsgerichts Lübeck vom 25.5.83, das die fristlose Entlassung des Betriebsratsmitglieds der Schlichting-Werft Lutz Köhnke für rechtsunwirksam erklärt hatte. Die Berufungsklage der Schlichting-Werft wurde zurückgewiesen, gleichzeitig wurde die Revision nicht zugelassen.

Bereits zwei Tage später beschäftigt die Schlichting-Werft den Kollegen an seinem alten Arbeitsplatz weiter und setzt Lutz Köhnke seine Betriebsrats(BR)-Tätigkeit fort.

Dem BR-Mitglied wurde vorgeworfen, den Betriebsfrieden gestört zu haben, in dem er Kurzarbeit nicht ausschließen wollte, falls Anschlußaufträge bei der Schlichting-Werft ausblieben und den Betriebsablauf gestört zu haben, weil ein hochqualifizierter Kollege angeblich auf Grund dieser Meinungsäußerung selbst kündigte.

Diesen Angriff auf die Meinungsfreiheit im Betrieb und die Rechte der Betriebsräte auf eine eigene Meinung, notwendig vom Arbeitgeber unabhängige, häufig gegenteilige Meinung, wollte weder der Kollege noch der schnell entstandene Solidaritätskreis hinnehmen. 50 Lübecker Gewerkschafter fordern öffentlich die Wiedereinstellung von Lutz Köhnke und bekennen sich zur gemeinsamen Verteidigung von BR-Rechten, auch wenn sie vielleicht die politischen Anschauungen von Lutz Köhnke nicht teilen, der bei der Landtagswahl für die Linke Liste Schleswig-Holstein kandidierte.

Ebenfalls unterschrieben auf der Alternativen Werftentagung in Bremen im Juni 83 gut 70 Gewerkschafter eine Solidaritätsresolution. Darunter die Betriebsratsvorsitzenden Fritz Bettelhäuser (Bremer Vulkan), Rudi Christian (Pohl & Jozwiak), Ludwig Jost (Garbe Lahmeyer AG), Holger Mahler (HDW-Hamburg), Mitglied der Vertrauensleuteleitung Ernst Kiel (HDW-Kiel), die Professoren Rudolf Hickel und Jörg Huffschmid; u.a. Axel Troost, Edo Libby, Heiner Heseler, USW. Außerdem Vertrauenskörperleitung Klöckner Hütte Bremen und BMW Motorradbau Berlin.

Eine Reihe Gewerkschaftskollegen nutzte die 1. Mai-Demonstration des DGB 1983 in Lübek, um gegen diesen Arbeitgeberangriff zu protestieren! Sie banden sich selbstangefertigte Maulkörbe um und riefen auf Plakaten und in Sprechchören zur Solidarität mit Lutz Köhnke auf.

Diese breite Öffentlichkeit, wozu ein guter Bericht in der Lokalpresse, den „Lübecker Nachrichten" gehört und die Berichterstattungen der „Kieler Rundschau", TAZ und des „Linken Extradienstes" hat den BR der Schlichting-Werft weitgehend isoliert, der ja der Kündigung zustimmte. Viele Diskussionsbeiträge auf den letzten Vertreterversammlungen und Vertrauensleutekonferenzen verurteilten ebenfalls die Entlassung von Lutz Köhnke durch die Schlichting-Werft.

In der LAG-Verhandlung am 18.1.84 zitierte Richter Lüdemann ein BAG-Urteil von 77: Wenn eine unwahre Behauptung in der Betriebsöffentlichkeit gemacht wird, kann dies die Entlassung zur Folge haben. Dagegen stellte der Richter klar, wird wie in diesem Fall eine Meinung in Gesprächen vertreten, darf kein Arbeiter entlassen werden! Zumindest in diesem Bereich ist die Demokratie im Betrieb nicht eingeschränkt.

Die herzliche bis stürmische Begrüßung des BR-Mitgliedes auf der Werft zeigt, daß trotz 10-monatiger Abwesenheit von seinem Arbeitsplatz und Stimmungsmache gegen ihn, die Kollegen sich mit ihm freuen und zu ihm halten. In einem Gewerk vertraten Kollegen die Auffassung: „Daß Lutz den Prozeß gewonnen hat, ist gut für uns Arbeiter. Jetzt können wir wieder den Mund aufmachen." und erzählten ihre Meinung weiter. Dieses Gewerk war sicherlich keine Ausnahme auf der Werft.

Ein weiterer Diskussionspunkt sind die nächsten Betriebsratswahlen, viele Kollegen sind der Meinung, daß so ein Kollege wieder in den nächsten BR gehört. Möglichst sollten alle Betriebsräte so viel Standvermögen beweisen.

Betrifft: Die jetzige Situation in Marokko

Abs.: Marokkanischer Arbeiterbund e.V. (BRD)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Nach unseren Informationen, die wir direkt von Betroffenen aus Marokko erhalten haben, liegt die Anzahl der Toten bei den derzeitigen Unruhen nicht bei 150, sondern etwa bei 450. Darüber hinaus gibt es viele Schwerverletzte, deren medizinische Versorgung nicht gewährleistet ist und deren Überlebenschancen daher sehr gering sind. Es hat in der Vergangenheit allzu oft Fälle gegeben, daß die Ärzte auf Anweisung des Gesundheitsministers den Opfern von Aufständen eine angemessene medizinische Behandlung verweigerten. Verschwiegen wird, daß die Mehrzahl der Toten Kinder sind, oft unter 10 Jahren!

Die Theorie der „Verschwörung von ausländischen Agenten" ist von König Hassan frei erfunden. Sie dient zur Rechtfertigung seiner Terroraktionen gegen die Bevölkerung. Die wahre Ursache des Aufstandes ist und bleibt die stetig zunehmende Verarmung der großen Mehrheit des Volkes. Seit 1970 sind die Löhne eingefroren, die Preise hingegen stiegen um 300 Prozent. Die Nahrungsmittelproduktion geht fast vollständig in den Export, während das Volk hungert. Einnahmen aus dem Export von Rohstoffen werden nicht zur notwendigen Schaffung von Arbeitsplätzen benutzt, sondern zur Bereicherung der herrschenden Regierung und der sie unterstützenden Großgrundbesitzer.

Die „Hilfe" durch die Kredite des IWF kann unsere (die marokkanischen) Probleme nicht lösen: Abhängigkeit, Verschuldung, und dann „notwendig" werdende Preiserhöhungen zu Lasten des Volkes sind die Folge solcher Kredite.

Auf Dauer gesehen wird das Abschlachten von Kindern, die Verletzung der Menschenrechte und die permanente Unterdrückung der Bevölkerungsmehrheit nur den nächsten und dann hoffentlich erfolgreichen Aufstand gegen die Monarchie Hassans bewirken.

Ich bitte um Veröffentlichung dieses Briefes und rufe alle Demokraten in der BRD zur Teilnahme an der solidarischen Demonstration am 4.2.84 in Bonn auf.

Der Widerstand soll gebrochen werden — Peine / Salzgitter-Vorstand will Betriebsrat kündigen!

Am Montag, 29.1.1984 findet eine besondere Betriebsratssitzung im Werk Peine von Peine/Salzgitter statt — der Vorstand stellt an den Betriebsrat den Antrag nach §103 — Fristlose Kündigung des Betriebsratsmitglieds Michael Zimball — wegen Nötigung, Störung des Betriebsfriedens, Eingriff in das Direktionsrecht — so lauten die wichtigsten Vorwürfe.

Erfreulich — der Betriebsrat in Peine lehnt diesen unverschämten Vorstoß des Vorstandes einstimmig ab. Jetzt ist zu erwarten, daß dieser den nächsten möglichen Schritt — noch im Laufe dieser Woche — geht: Antrag an das Arbeitsgericht, die fehlende Zustimmung des Betriebsrates, die er zur Kündigung benötigen würde, durch einen Arbeitsgerichtsbeschluß zu ersetzen!

Was ist der Hintergrund — wie kam es zu diesem Kündigungsantrag?

Wie bekannt — und auch im „Roten Morgen" vielfach berichtet — läuft seit Jahren ein radikaler Arbeitsplatzvernichtungsfeldzug der Stahlkapitalisten. Dies hat sich mit der Vorlage des Moderatorenkonzepts Anfang 1983 noch verschärft. Zur Sicherung des Maximalprofits soll fusioniert, stillgelegt, abgeholzt werden in den Stahlstädten. Ganze Produktionsstandorte sollen verschwinden, die restlichen höchstmöglich ausgelastet werden.

Wie auch in der Werftindustrie soll der staatliche Bereich besonders dran glauben — das Beispiel der von staatlichen Zahlungen abhängigen Arbed Saarstahl und die dort durchgesetzten Maßnahmen waren nur der Anfang. Sie zeigten, wohin insbesondere nach der Wende die Schwarzen in Bonn steuern — die Arbeiter und kleinen Angestellten sollen für die Krise zahlen — wir als die, die allen Reichtum schaffen, sollen noch mehr zur Kasse gebeten werden. Während also bei Arbed der Anfang gemacht wurde, soll der Salzgitterkonzern der nächste Bereich sein, wo von der Wunschregierung des Kapitals zugeschlagen wird.

Schon im letzten Jahr wurde — gegen den rechtlich natürlich wirkungslosen gegenteiligen Beschluß der Mehrheit des Aufsichtsrats — vom Eigentümer — dem Bund, vertreten durch die Bundesregierung, der Beherrschungsvertrag der Salzgitter AG mit den Stahlwerken Peine-Salzgitter gekündigt.

Das bedeutet, daß in Zukunft der Oberkonzern — und damit eventuell der Staat — für keine Verluste im Stahlbereich mehr zahlen muß. Damit ist gleichzeitig klar, daß der Stahlbereich finanziell ausgeblutet wird und für jede Form von Fusion, Stillegungen und ähnlichen „Betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten" erpreßbar ist.

Dies zeigte sich schon bald nach der Kündigung des Vertrages. Der Vorstand von Pund S (Stahlbereich) erhielt den Auftrag, ein neues „Gesundungskonzept" vorzulegen — insbesondere sollte überprüft werden, ob es sich nicht lohne, einen der beiden Standorte — nämlich Peine — gleich ganz zu schließen!

Ergebnis der Untersuchung war:

1. Der bis zum Jahre 1983 als Grobkonzept vorgesehene Abbau von etwa 1200 Arbeitsplätzen wurde erhöht auf das 3fache — an die 3500 Arbeitsplätze sollen 1984 und 1985 in Salzgitter und Peine vernichtet werden.

2. Zur Zeit ist eine vollständige Schließung von Peine noch teurer als eine eingeschränkte fortgeführte Produktion. Aber auch sollen weitere Arbeitsplätze vernichtet werden — 1500 von 3500.

Ein zweites aber: Die Berechnungen beruhen auf den bisherigen Sozialplanbedingungen — und ein drittes aber: Vom Vorstand wird z. Z. die Möglichkeit als aussichtslos eingeschätzt, die Quoten der Profilproduktion von Peine gegen Warmbreitbandquoten für Salzgitter zu tauschen — wenn sich das ändern würde, sähe die Rechnung auch anders aus.

Gegen diese Pläne war es in der Vergangenheit mehrfach zu Protestaktionen nicht nur der Kollegen des Peiner Werkes gekommen, sondern es war auch breite Unterstützung aus anderen Betrieben in Peine organisiert worden. Dazu zählte insbesondere die Belegschaft der Peiner AG — ebenfalls eine Tochterfirma der Salzgitter AG — dort werden u.a. Schrauben u.ä. mit Vormaterial aus dem Peiner Stahlwerk erzeugt. Auch bei der Peiner AG wurde radikal „ausgekämmt" wie das die Manager und Bankherren nennen. Anfang Januar wurde bekannt, daß der Vortand der Peiner AG erneut 230 Kollegen kündigen wollte — wie schon 1983!

Widerstand gegen Arbeitsplatzabbau wird organisiert!

Am 12.1.1984 fand eine gemeinsame Vertrauenskörpersitzung der Peiner AG und des Peiner Stahlwerkes statt. Dort wurde von den beiden Vertrauenskörperleitungen beschlossen, am 16.1. eine gemeinsame Vollversammlung aller Vertrauensleute durchzuführen, um das weitere gemeinsame Vorgehen zu besprechen und konkrete Aktivitäten gegen die Arbeitsplatzvernichtung in beiden Werken zu beschließen.

Dies geschah dann auch — gegen den Einspruch des Peiner 1. Bevollmächtigten der IGM, Paul Becker, wurde beschlossen, für den 20.1.1984 zu einer breiten Protestkundgebung in Peine aufzurufen.

Teilnehmen sollten einerseits die Kollegen der beiden Werke. Die Arbeit sollte an dem Morgen zum Erliegen kommen. Aber auch die Bevölkerung in Peine war zur Teilnahme aufgerufen.

Mit einem Flugblatt der IGM wurde breit zu dieser Aktion mobilisiert.

Der Vorstand im Peiner Werk macht Druck gegen diese Aktion

Schon in den Tagen vor dem 20.1. liefen im Peiner Stahlwerk Gerüchte, daß jeder, der sich an der Aktion beteiligen würde, entlassen werde. Am Morgen des 20.1. wurde insbesondere im Stahlwerk von den betrieblichen Führungskräften — Meistern, Obermeistern usw. — versucht, die Kollegen von einer Teilnahme abzuhalten.

Die aktiven Betriebsräte und die aktiven Vertrauensleute der IGM setzten dem — wie schon in den Tagen davor — ihre Argumente und ihre Meinung entgegen, um möglichst viele Kollegen zur Demonstrationsteilnahme zu bewegen.

So auch die beiden Betriebsräte Michael Zimball und Rainer Hülzenbrecher. Sie diskutierten — zusammen mit anderen Kollegen — u.a. auf dem Mischerleitstand für die Roheisenumfüllung zu den Stahlwerkskonvertern.

Gegen 8.00 Uhr erschienen zwei Assistenten der Betriebsleitung. Sie forderten die beiden Betriebsräte auf, zu gehen, die natürlich an ihrem Recht der Information der Belegschaft festhielten — einer der Assistenten sagte dem anderen daraufhin — „Das wollte ich nur hören" und beide verschwanden. Offensichtlich also ein geplantes Vorgehen, eine deutlich vorgeplante Aktion.

Diese kurze Diskussion wurde vom PuS-Vorstand dann zu einer „Besetzung des Leitstandes" umgelogen — so auch in einer Stellungnahme in der „Peiner Allgemeinen Zeitung" vom 27.1.1984, die schreibt:

„Zu Beginn dieser Woche wurden den beiden Betriebsratsmitgliedern eröffnet, sie hätten am vergangenen Freitag ‚den Leitstand besetzt', den Betriebsfrieden gestört und den Mann am Mischer an der Weiterarbeit gehindert."

Nochmal zurück zur Kundgebung am 20.1. selbst.

Über 4000 Menschen waren am Kundgebungsort — die „Peiner Allgemeine Zeitung" meldete unter der Überschrift „Scheibchenweise Schließung des Werkes Peine durch die Hintertür":

Zum dritten Mal innerhalb 12 Monaten demonstrierten gestern mehrere tausend Menschen in der Fußgängerzone gegen weitere Entlassungen von Beschäftigten bei P+S und bei der Peiner AG. (...) In den letzten Jahren sind über 4000 Arbeitsplätze bei P+S und der Peiner AG verloren gegangen".

Der Betriebsratsvorsitzende, Günter Gerlach kritisierte: „Wie die Beschäftigten in Bundesunternehmen behandelt werden, spottet jeder Beschreibung". Soweit aus dem Bericht der Regionalzeitung — die Äußerung von Gerlach sollte sich — wie bereits angedeutet schnell bewahrheiten — auch im Hinblick auf diese Kundgebung.

Angriff auf Betriebsrats- und Gewerkschaftsrechte!

Anders kann man die Vorfälle in der Woche nach der Kundgebung kaum nennen. Ab Montag wurde Druck vom Vorstand auf die beiden Betriebsräte Zimball und Hülzenbrecher gemacht. Offiziell erfuhren sie am Dienstag von den bereits zitierten Vorwürfen. Gleichzeitig wurde ihnen ein Angebot vom Arbeitsdirektor gemacht — der ja immerhin mit Zustimmung der IGM sein Amt bekommen hat. Er, als Arbeitnehmervertreter, machte einen „Kompromißvorschlag" — wie eine Zeitung schrieb: „Statt der fristlosen Kündigung der beiden Betriebsräte eine Versetzung in einen anderen Bereich des Salzgitterkonzerns".

Während aller Gespräche — U.a. auch auf einer — zufällig schon länger festgelegten — gemeinsamen Betriebsrätekonferenz von Salzgitter und Peine wurde vom Arbeitsdirektor — aber auch von beiden Betriebsratsvorsitzenden — Gerlach und Gruber — wie auch vom Hauptkassierer der IGM — Fischer — und dem Vertreter des Zweigbüros Düsseldorf — Kieser — in die Richtung Stellung genommen, die beiden sollten besser das Angebot annehmen in den Konzern zu gehen, als es auf eine gerichtliche Auseinandersetzung ankommen zu lassen. Eine wahrhaft unternehmerfreundliche Haltung — anders kann man das ja wohl kaum nennen. Ähnlich wie bei der Kündigung des Beherrschungsvertrages wurde bis zu dem Zeitpunkt den Kollegen nicht der Rücken gestärkt, sondern eher weiter Druck mitausgeübt, klein beizugeben.

Unter diesen Umständen unterschrieb einer der beiden, Rainer Hülzenbrecher, einen Aufhebungsvertrag — als Arbeitsplatz hat er nur die Zusage des P+S-Arbeitsdirektors sich für ihn im Konzern einzusetzen.

Michael Zimball blieb standhaft und der Vorstand stellte am 27.1. den Kündigungszustimmungsantrag, den der Betriebsrat ablehnte.

Warum gerade diese beiden?

Diese Frage ist relativ leicht zu beantworten, jedenfalls für den etwas weiter Eingeweihten in die konkreten Auseinandersetzungen innerhalb der IGM allgemein im Stahlbereich aber auch speziell in Peine.

Soll man — wie in der Vergangenheit — sozialpartnerschaftlich, gemeinsam mit den Unternehmer die Arbeitsplatzvernichtung im Stahlbereich begleiten — mit immer schlechteren Sozialplänen und dem Abbau weiterer erkämpfter sozialer Rechte und materieller Lebensbedingungen — oder muß — auf den Punkt gebracht — der Klassenkampf von unten beantwortet werden?

Also Kampf um jeden Arbeitsplatz, keine gemeinsame „Krisenbewältigung" auf Kosten der Arbeiter — die Lasten der Krise sollen die tragen, die sie verursacht haben und davon profitieren!

In dieser Auseinandersetzung — wo die Seiten und Fronten zweifelsohne fließend und in Bewegung sind, standen in den vergangenen Auseinandersetzungen Rainer und Michael eindeutig auf der Seite derer, die für eine veränderte Politik der IGM eintraten. Daß dies einigen Herren nicht paßte — die geplante Aktion im Mischerleitstand macht es überdeutlich.

Welche politische Bedeutung hat dieser Angriff?

Zum einen wird daran eins deutlich — die bisher z.T. durch indirekte oder auch direkte Absprachen abgesicherte „Demonstrationsfreiheit während der Arbeitszeit ohne Repressalien" — sie wird von den Unternehmern aufgekündigt.

Da steht im Hintergrund die Erfahrung der Betriebsbesetzung von HDW — in einem internen Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes ist die deutliche Anweisung enthalten, jeden Versuch zu Betriebsbesetzungen und ähnlichen Aktionen schon im Keim zu ersticken.

Auch hier steht die Bundesregierung und ihre Statthalter — im Fall Salzgitter der SPD-Mann Pieper — an der Spitze der Wendepolitiker — so war es Pieper, der bei der HDW den Polizeieinsatz gegen die Werftarbeiter forderte.

Deutlich wird damit auch, daß Kampf gegen Kahlschlagskonzepte heißen muß — konsequenter Kampf, kein Vertrauen auf die Sozialpartnerschaft. Speziell für den Fall Peine ist dieser Angriff der Versuch, die Widerstandsfront gegen das Ausradieren des Standortes Peine zu brechen. Interessant in diesem Zusammenhang die Äußerung des Landtagsabgeordneten Horrmann (CDU) aus Peine: „Der Profilstahl-Standort Peine hat im Internationalen Wettbewerb kaum noch eine Chance. Mittelfristig (??!) werde jedoch die Profilerzeugung im P+S-Werk Peine aufrechterhalten." Diese Äußerung eines Peiner Abgeordneten ist wohl überdeutlich!

Weiter kritisch zu beobachten — und natürlich nach Möglichkeit zu beeinflussen — ist das Verhalten der IGM — sowohl vor Ort als auch im Düsseldorfer Zweigbüro — zuständig für Stahl — und in der Frankfurter Zentrale. Während der P+S-Vorstand bereits heute — 30.1.84 — mit einem Flugblatt seine Version der Vorfälle am 20.1. breit in die Belegschaft über Pförtner, Meister usw. verbreiten ließ, war der Vorschlag ein Flugblatt der IGM zu machen, erst einmal als überflüssig abgelehnt worden. Am 31.1. findet eine Funktionärskonferenz der IGM für den Bereich Salzgitter statt, zu der alle IGMer aus der Verwaltungsstelle eingeladen sind.

Dies ist zwar etwas — aber wenn man es ernst meint, mit der in der dazu verschickten Einladung vorhandenen Einschätzung „dies muß als Angriff auf den gewerkschaftlichen Handlungsspielraum im Betrieb gewertet werden", dann muß entschiedener in die Offensive gegen diese Angriffe des Vorstandes gegangen werden. Dazu gehört auch die entschiedene Unterstützung und aktive Organisierung von Solidarität. Die bisherige ist mehr als lasch!

Was ist zu tun?

Wie schon erwähnt, wird aller Voraussicht nach der P+S-Vorstand vor das Arbeitsgericht gehen. Michael hat insofern erst mal gute Chancen, als der Betriebsrat seine Zustimmung verweigert hat. Auch die juristischen Aussichten sind gut. Nichtsdestotrotz ist Solidarität nötig. Solidarität moralischer und auch materieller Art. Wir rufen die Leser des Roten Morgen auf, persönlich aber auch in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Gremien, in Initiativen usw., wo sie aktiv sind, sich für Solidaritätsaktivitäten — Briefe etc. — einzusetzen. Sie können gehen an: Michael Zimball, Orleansstr. 53, 3200 Hildesheim und auch an die Ortsverwaltung Peine der IGM, 3150 Peine.

Kurz berichtet

Kranke werden zuerst entlassen

Die Arbeitskammer des Saarlandes ist in den Ursachen des derzeit niedrigen Krankenstandes anhand einer eigenen umfangreichen Untersuchung nachgegangen. Danach ist der wichtigste Bestimmungsgrund für den niedrigen Krankenstand die hohe Arbeitslosigkeit, die bei vielen Arbeitnehmern die Angst um ihren Arbeitsplatz verstärkt.

Diese Angst habe einen realen Hintergrund: „Gesundheitlich Eingeschränkte verlieren als erste ihren Arbeitsplatz und verbleiben auch länger in Arbeitslosigkeit". Verwiesen wird auf eine Untersuchung der Infratest-Sozialforschung, wonach in den meisten Fällen der schlechte Gesundheitszustand ausschlaggebender Grund für die Beendigung des letzten Beschäftigungsverhältnisses eines Arbeitnehmers war.

Zu 70 Prozent werde Beschäftigten aus gesundheitlichen statt aus rein wirtschaftlichen Gründen gekündigt. Die Wiedereingliederungschancen solcher Arbeitnehmer sind sehr gering. Nach der zugrunde gelegten Untersuchung waren nach knapp einem Jahr noch immer 30 bis 50 Prozent derer, denen wegen ihres Gesundheitszustandes gekündigt worden war, arbeitslos.

Eine gute Aktion Hamburger Gewerkschaften

Gemeinsam für die 35-Stunden-Woche

Mit dieser Überschrift veröffentlichten sechs Hamburger Gewerkschaften ein gemeinsames Flugblatt, in dem jede von ihnen kurz ihre besondere Lage darstellt und damit die gemeinsame Argumentation für die Forderung unterstützt. Wir veröffentlichen dieses Flugblatt als Anregung, sich auch anderswo dafür einzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir beabsichtigen, in unregelmäßiger Reihenfolge zu aktuellen Ereignissen in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche zu berichten. Wir bitten, diese Information ans schwarze Brett zu hängen bzw. an Kolleginnen und Kollegen weiterzugeben.

Die Tarifkommission Hamburg der IG Metall hat am 30. November die Forderung: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und am 15. Dezember die Forderung: Einen Geldbetrag von 60 DM bei Lohn und Gehalt sowie 30,— DM für die Auszubildenden beschlossen. Am 13. Dezember fand die erste Verhandlung über die Einführung der 35-Stunden-Woche statt. Eine Einigung ist noch nicht in Sicht. Am 17. Januar 1984 findet die nächste Verhandlungsrunde über Lohn, Gehalt und Ausbildungsvergütung sowie über den vollen Lohnausgleich bei Einführung der 35-Stunden-Woche für Hamburg/Schleswig-Holstein statt.

Johannes Müller, IG-Metall-Verwaltungsstelle Hamburg


Gemeinsam für die 35-Std.-Woche

Die Manteltarifverträge im Banken- und Versicherungsbereich sind zum Jahresende gekündigt worden bzw. entfristet worden. Ein erstes Kommissionsgespräch über die Verkürzung der Arbeitszeit im Versicherungsbereich hat am 4./5.1. in München stattgefunden. Die Arbeitgeber haben erklärt, daß sie eine Vorruhestandsregelung und die Flexibilisierung der Arbeitszeit bevorzugen würden. Die Kommissionsgespräche werden am 14.3. in Hamburg fortgesetzt, am 21.3. beginnen die eigentlichen Tarifverhandlungen mit Arbeitszeitverkürzung und Gehalt. Für den Bankenbereich sind noch keine Verhandlungstermine bekannt. Nach Auffassung der Gewerkschaft HBV gibt es zu Massenarbeitslosigkeit, zunehmender Rationalisierung und steigender Produktivität in allen Bereichen keine Alternative als die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. „Wir wollen Arbeit, wir wollen Familie, wir wollen Freizeit und Kultur": Deshalb 35-Stunden-Woche.

Peter Hauschild, HBV-Ortsverwaltung Hamburg

Vorrangiges tarifpolitisches Ziel der Gewerkschaft Holz und Kunststoff ist die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden. 1984 können wir beginnen, diesem Ziel näherzukommen, da wir die meisten Manteltarifverträge im Laufe dieses Jahres kündigen können. Erste Verhandlungstermine im April 1984 stehen bereits fest. Wir wissen genau, diese Verhandlungen werden sehr hart werden. Deswegen tritt die Gewerkschaft Holz und Kunststoff auch dafür ein, daß die Gewerkschaften durch abgestimmte solidarische Aktionen die 35-Stunden-Woche durchsetzen und das Recht auf Arbeit gegen die ständig steigende Massenarbeitslosigkeit verteidigt wird.

Wolfgang Lorenz, GHK-Geschäftsstelle Hamburg

Nach Auffassung der DPG — Deutsche Postgewerkschaft — ist die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden gegenüber allen anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung die wirkungsvollste Maßnahme im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Wochenarbeitszeitverkürzung wirkt ferner der weiteren Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung entgegen und mindert gesundheitlichen Verschleiß. Was nützt ein früherer Ruhestand dem durch Berufsstreß gesundheitlich Angeschlagenen? Außerdem: Arbeitslosigkeit verschärft durch Steuerausfälle und Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit die Finanzkrise des Staates, der sich dann zusätzliche Mittel beschafft, z. B. durch: weniger Einstellungen, Sparmaßnahmen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Darum fordern wir die 35-Stunden-Woche!

Günther Schümann, DPG-Ortsverwaltung Hamburg

Am 18. Januar 1984 findet im Raum Frankfurt/Main die erste Verhandlung über den Manteltarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer der Druckindustrie statt. Wir fordern für den Neuabschluß dieses MTV die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich und weitergenden Schutz vor den negativen Folgen der Rationalisierung und vor einer Intensivierung der Leistung.

Ulla Meyer, IG Druck und Papier, Ortsverwaltung Hamburg

Die GEW hat auf ihrem Gewerkschaftstag 1983 beschlossen, die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche für Lehrer und Angehörige sozialpädagogischer Berufe bei vollem Gehaltsausgleich zur gewerkschaftlichen Hauptaufgabe des Jahres 1984 zu machen. Da die Arbeitszeit der Lehrer nicht als Gesamtarbeitszeit, sondern in Form von Unterrichtsverpflichtung geregelt ist, muß nach einer Durchsetzung der 35-Stunden-Woche im gesamten öffentlichen Dienst für eine entsprechende Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrer gekämpft werden.

Rainer Griep, GEW-Landesverband Hamburg

„Die Republik wird eine andere sein"

Ein Genosse berichtet über die Tarifkommissionssitzung und Funktionärskonferenz der IG Metall am 19. Januar in Heilbronn, Festhalle Harmonie.

Diese Konferenz war die Auftaktveranstaltung für den Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden zum Kampf für die 35-Stunden-Woche, der „ab dem nächsten Tag in die Phase des Kampfes eintritt, die deutlich macht, daß die Bewegung aus den Betrieben kommt".

Es waren über 1000 Funktionäre aus dem ganzen Tarifbezirk in die überfüllte Harmonie gekommen (mehr als erwartet). Vom Frankfurter IGM-Vorstand war der Tarifverantwortliche Jansen anwesend. Reichlich Presse und Rundfunk war da, die gleich bei der Eröffnung aufgefordert wurden, „die soziale Grundstimmung in den Betrieben endlich breit bekanntzumachen".

Die Stimmung im Saal war sehr angespannt und abwartend. Überall war die Forderung nach der 35-Stunden-Woche zu sehen: auf Fahnen, Transparenten, Helmen, Ansteckern, Pullovern usw. Aber die massive Propaganda der Reaktion gegen unsere Forderung und verschiedene Äußerungen von Gewerkschaftsführern hatten die Stimmung der Kollegen gedrückt.

Diese schlug dann sehr schnell um, als der IGM-Bezirksvorsitzende Ernst Eisemann mit einer kämpferischen Rede das Festhalten an der Forderung unmißverständlich darlegte und eine offensive Auseinandersetzung mit dem ideologischen Druck von Regierung und Kapital forderte. Den meisten Beifall bekam er immer dann, wenn er gegen den politischen Kurs des Kapitals und der Regierung als dessen Vollstreckungsgehilfe Front machte und der politischen Reaktion den Kampf ansagte.



Beherrscht wurde die ganze Konferenz nicht durch die Frage, ob für die 35-Stunden-Woche eingetreten werden soll, sondern wie sie durchgesetzt werden kann. Vor allem die Diskussionsredner gingen immer wieder auf die Gefahr ein, die ein halbherzig geführter und verlorener Kampf für die organisierte Arbeiterschaft mit sich bringen würde:

„Es geht um Sein oder Nichtsein der Gewerkschaften."

„Nach dieser Auseinandersetzung wird die Republik eine andere sein, eine bessere bei konsequentem Kampf. Sie wird eine schlechtere sein bei halbherzig geführtem Kampf."

Das sind zwei Beispiele aus Redebeiträgen, die den Tenor der Diskussion in etwa wiedergeben. Man spürte, daß die politische Bedeutung dieses Kampfes immer mehr Gewerkschaftern klar wird und daß sie merken, daß sozialpartnerschaftliche Vorstellungen von dieser Auseinandersetzung zum Scheitern führen werden.

In diesem Eindruck wurde ich bestärkt, als ich im Betrieb über die Konferenz berichtete. Mehr als die Argumentation für die 35-Stunden-Woche hat die Kollegen interessiert, wie die Bezirksleitung sich zur Frage der Kampfmittel geäußert hatte. Ihre Meinung war: wenn es diesmal wieder nicht läuft und sich alles nur als leere Versprechungen herausstellt, haben wir für längere Zeit verloren.

Kleine Chronologie zur 35-Stunden-Woche (III)

Der dritte Teil unserer kleinen Chronologie umfaßt die beiden letzten Januarwochen, vom 15.-27.1.84. Ein Zeitraum, der gekennzeichnet ist vom „offiziellen" Auftakt der Kampagne seitens der IGM, wie sie vor allem durch die Großveranstaltung am 21. Januar in Frankfurt signalisiert wurde.

15. Januar

An diesem Sonntag versammelt sich in NRW die Landesarbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD (AfA) in Recklinghausen. Vor den Delegierten von 500 sozialdemokratischen Betriebsgruppen treten Ministerpräsident Rau und die Minister Jochimsen und Farthmann als Hauptredner auf — und tun alles dafür, daß sich diese Konferenz nicht „einseitig" auf eine Form der Arbeitszeitverkürzung festlegt (sprich: auf die 35-Stunden-Woche) sondern auf alle Formen.

16. Januar

Keine Ergebnisse werden in den gemeinsamen Lohn- und Manteltarifverhandlungen in Bayern erzielt, ebensowenig wie bei den getrennten Lohnverhandlungen in Baden-Württemberg (Nordwürttemberg/Nordbaden). Die Vertagungen um einen Monat gehen weiter.

17. Januar

Auch für die Tarifbezirke NRW, Südbaden und Schleswig-Holstein wird ergebnislose Vertagung auf Mitte Februar beschlossen.

• DGB-Vorsitzender Breit kritisiert den Bundeskanzler, dieser haben durch seine Stellungnahmen die Tarifauseinandersetzung politisiert, eine mehr als zweischneidige Kritik.

18. Januar

• Die Verhandlungen im Druckbereich werden begonnen — mit harter verbaler Konfrontation.

• Die rechte sozialdemokratische Presse versäumt es nicht, den gestrigen Vorstoß(?) Ernst Breits lauthals zu loben und zu unterstreichen, selbstverständlich hätten auch die Gewerkschaften ihren Teil der „Schuld" an der Ideologisierung der Auseinandersetzung.

• Auch für den Bereich der Stahlindustrie werden die Manteltarifverhandlungen ergebnislos vertagt. Hier sogar auf den 24. Februar.

19. Januar

• Das Landesarbeitsamt von NRW veröffentlicht einen Bericht über zwei Jahre, der als „glänzende Rechtfertigung" für die 35-Stunden-Woche von den Gewerkschaften begrüßt wird. Innerhalb von nur zwei Jahren wurden demnach sage und schreibe 274000 Arbeitsplätze wegrationalisiert, bzw. sonstwie vernichtet. Im Baugewerbe ging ein Achtel aller Arbeitsplätze über den Jordan, selbst im sogenannten Dienstleistungssektor wurden über 53000 Menschen weniger beschäftigt.

• Eine Konferenz der Betriebsratsvorsitzenden aller bundesdeutschen Autofirmen fordert gerade im Angesicht der kommenden Rationalisierungswelle dieser Branche die Einführung der 35-Stunden-Woche.

20. Januar

• Erneut werden Umfragen veröffentlicht, deren Ergebnisse durchaus den Wünschen der Auftraggeber entsprechen. Vorallem die Unternehmer scheinen dabei zu übertreiben: Ihr bei jeder Umfrage herausgearbeitetes noch rapideres Sinken der Befürwortung der 35-Stunden-Woche unter den Metallarbeitern glaubt ihnen selbst die bürgerliche Rechtspresse nicht mehr so ganz.

• KHD in Köln schafft ein „Meisterstück" von Arbeitszeitverkürzung im Sinne der Unternehmer. Ein „Sabbatjahr" wird eingeführt, wobei das Arbeitsamt bezahlt, das Unternehmen ein bißchen zuschießt, die Kollegen auf 15 Prozent verzichten sollen. Das Landesarbeitsamt betont, gegenwärtig gäbe es keine gesetzlichen Mittel, die Zahlung in solchen Fällen zu verweigern.

21. Januar

• Die Großveranstaltung der IG Metall in Frankfurt (7500 Karten wurden über die Betriebe, vornehmlich an die Gewerkschaftsjugend verkauft, 2000 öffentlich, der Rest waren die Gäste von der internationalen Konferenz am Nachmittag) ist ausverkauft. Hans Mayr erlebt seine große Beifallsstunde als er über Kohl sagt: „Er hat die Lehrstellengarantie nicht geschafft, er hat die Stahl- und Werftenhilfe nicht geschafft, er wird auch uns nicht schaffen" — sein Wort in des Vorstandes Ohr.

22. Januar

Verschiedene Abgeordnete der SPD äußern öffentlich, die „59er" Regelung bringe nichts für den Arbeitsmarkt, das sei nur ein Versuch von der 35-Stunden-Woche abzulenken. Verdienstvoll, wenn das auch im Parlament gesagt wird, nur stellt sich die Frage, warum sie denn nichts dazu tun, daß die großbeschworene Kampagne ihrer Partei eindeutige Aussagen macht (denn die 58er Regelung ihrer Parteifreunde von NGG und Co. bringt auch nicht viel mehr für „den Arbeitsmarkt").

23. Januar

In Niedersachsen wird die Tarifverhandlung der IGM ergebnislos auf den 20. Februar vertagt. Interessant dabei die Feststellung des Bezirksleiters Reimer Birkenwald: Mit Neinsagen und Verweigerungsstrategie lasse sich der Tarifkonflikt nicht lösen. „Wir sind verhandlungsbereit, unsere Forderungen sind kein Ultimatum". Was damit wohl angedeutet bzw. eingeleitet werden soll?

• In dieser Woche beginnen zahlreiche Stadtteilgruppen der IG Metall mit Diskussionen und Beschlüssen über konkrete Aktionen. Dabei spiegelt sich die Diskussion über die „Streiktaktik", wie sie wohl zuvor auf verschiedenen Funktionärskonferenzen abgehalten worden war hier wider. Defätistischer Tenor, der hier hineingetragen wird: „Stahl streikt nicht, sondern wird ausgesperrt".

24. Januar

Als Reaktion auf den veröffentlichten Bericht des Herrn Lambsdorff über die wirtschaftliche Entwicklung unterstreicht der DGB — wie immer (nur?), wenn so eine Diskussion ansteht — seine Forderung nach einem Arbeitsbeschaffungsprogramm, zu dem auch die 35-Stunden-Woche gehört.

25. Januar

Erneut tut sich eine Firma mit „konkreten Lösungen" hervor. Du Pont in Hamm vergibt Arbeit an 55 Aushilfskräfte — befristet zum 30.6.

26. Januar

• Die Große Tarifkommission der IG Bau Steine Erden gibt bekannt, daß sie auch über die Verkürzung der Wochenarbeitszeit verhandeln wolle. Ende 84. Entsprechend dem Tarifvertrag.

• Auf 21000 beziffert Lambsdorff die Zahl der noch zu vernichtenden Stahlarbeitsplätze in seinem Konzept.

• Erneut ein „seltsamer" Tarifabschluß am Rande. Die 47000 Schuharbeiter erhalten ca. 3 Prozent mehr und einen Tag mehr Urlaub. Und das war's dann auch.

27. Januar

Die verschiedenen IHKs, mit Schwergewicht offensichtlich in NRW, beginnen mit einer Kampagne gegen die 35-Stunden-Woche in der Öffentlichkeit. Am meisten Resonanz findet dabei die IHK Siegen, die geschickt mit der katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklung in ihrem Bereich jongliert.

30. Januar 1984

Ein Tag für die Volksfront

Der 30. Januar 1984, Kampftag gegen Reaktion und Faschismus und nationaler Widerstandstag der Friedensbewegung mahnt angesichts der aktuellen Regierungspolitik, dem Stand der Kriegsvorbereitung, der reaktionären politischen Vorstöße auf allen Gebieten und auch des Treibens der Neonazis eindringlich zum gemeinsamen Handeln aller Antifaschisten und Kriegsgegner. Wer es ernst meint mit dem Aufruf „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg", wer ein neues '33 und ein neues '39 verhindern will, der muß sich mit aller Kraft für diese Einheit einsetzen. Gefordert ist damit auch die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Sie hatte sich denn auch bereits auf ihrem letzten Kongreß im November '83 für diesen Tag einiges vorgenommen (natürlich nicht nur für diesen Tag). Die KPD unterstützt die Arbeit und den weiteren Aufbau der Volksfront. Wir wollen — neben anderen Berichten über den 30.1. — über einige ihrer Aktivitäten zum 30. Januar berichten. In dieser und, zeitmäßig bedingt, vor allem in der nächsten Nummer.

Bundesrepublik 1984 — 51 Jahre nach Hitler

Im Flugblatt des Volksfront-Vorstandes zum 30.1.84 heißt es:

Die ge„flick"schusterte Rechtskoalition aus CDU/CSU und FDP ist angetreten, die von den Herren aus den oberen Unternehmer-, Finanz- und Industriekreisen geforderte Wendepolitik gegen die Bevölkerung in allen Bereichen durchzusetzen: Was 1983 angefangen wurde, soll 1984 forciert werden:

• Eine Politik des rigorosen Sozialabbaus. Den ohnehin Benachteiligten wird immer mehr genommen, den Reichen weiter zugeschustert. Die Profite der Konzerne und Banken sind weiter im „Aufschwung", die Massenarbeitslosigkeit wird nicht beseitigt.

• Wirtschaftsbosse und Regierung wettern im Verein mit allen Reaktionären von „Bild" bis „Welt" gegen die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn, gegen den angeblichen Eigensinn von kampfbereiten Gewerkschaften, von Arbeitern und Angestellten.

• Sie drohen mit Eingriffen in die Tariffreiheit, um die Löhne zu drükken, und angesichts der anstehenden Kämpfe mit der Aussperrung. Am liebsten möchten sie das Streikrecht ganz abschaffen.

• Während bei den Sozialausgaben der Rotstift regiert, steigt der Rüstungshaushalt überdurchschnittlich an. Mehr als 70 Milliarden werden von Kohl, Genscher, Wörner und Co. für die konventionelle und atomare Aufrüstung, für die weitere Stärkung der Bundeswehr und NATO, für die Kriegsvorbereitung verpulvert.

• Gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung haben sie ihr Ja zum Beginn der Stationierung neuer atomarer Erstschlagswaffen auf dem Boden der Bundesrepublik gegeben und wollen sie durchziehen. • Mit Hetze und Diffamierung, mit Gummiknüppeln und Spitzeln gingen und gehen sie heute gegen die Friedensbewegung und morgen gegen andere Widerstandskämpfe und streikende Arbeiter vor.

• Das Demonstrationsrecht wird verschärft und weiter ausgehöhlt, die Bürgerkriegsbewaffnung der Polizei verbessert. Mit der eingeleiteten Abkassierung von Demonstranten für Polizeieinsätze und Terrorurteilen gegen Demonstrationsteilnehmer soll vom Widerstand abgehalten und eingeschüchtert werden.

• Während Rechtsextremisten und Faschisten wie Kühnen und seine Nationalen Sozialisten weiter frei herumlaufen, die NPD ganz legal und bei Wahlen Ausländerhetze betreiben können und die in der HIAG versammelten Altnazis und Waffen-SSler einen demokratischen Persilschein von Zimmermann ausgestellt bekommen, werden die Hetze, Gesinnungsschnüffelei und Verbote gegen Linke und oppositionelle Kräfte vorangetrieben, soll die Berufsverbotspraxis verschärft werden.

• Im Orwellschen Jahr 1984 wird die totale Erfassung des Bürgers auf die Spitze getrieben. Nach der nur verschobenen Volkszählung kommt jetzt der computerlesbare Personalausweis, wird das Überwachungssystem in Betrieben und Verwaltungen perfektioniert.

• Die Zimmermann und Co. haben längst mit der geplanten Vertreibung von 2 Millionen Ausländern, vor allem Türken und Asylbewerbern, begonnen. Nach dem Betrug mit der „freiwilligen" Rückführung, neben Zuzugsbeschränkungen ist auch die verdeckte bis offene Zwangsausweisung geplant. Ein neues Ausländergesetz legalisiert diese Praktiken und schreibt die politische Entrechtung, die Stellung und Behandlung unserer ausländischen Mitbürger als Menschen zweiter und dritter Klasse fest. Die Frage ist nicht abwegig. Sind die Ausländer die Juden von heute oder morgen?

Ähnelt dies alles nicht in fataler Weise der altbewährten Krisenpolitik der Herrschenden vor heute mehr als 50 Jahren, wie sie die Regierungen in den letzten Jahren der Weimarer Republik vor Hitlers Machtantritt auf dem Hintergrund der damaligen weltweiten Wirtschaftskrise praktizierten? So wurde damals die parlamentarische Republik und die Arbeiterbewegung von den Reaktionären sturmreif geschossen und letztlich im Interesse der Thyssen, Siemens, Krupp und Flick dem Terror des Faschismus, der offenen Diktatur und dem Krieg der Weg gebahnt.

Wehren wir den Anfängen heute!
Machen wir der Wende schnell ein Ende!

Dortmund:

Aktionen gegen Ausländerfeindlichkeit

Über die Arbeit der Dortmunder Volksfront-Gruppe anläßlich des 30. Januars gab uns ein Mitglied diesen kurzen Bericht:

Im Mittelpunkt unserer Aktivitäten standen Aktionen gegen die Ausländerfeindlichkeit, die bereits vor dem 30. Januar stattfanden.

Am 26.1. führten wir eine Filmveranstaltung durch: Wir zeigten eine Video-Aufzeichnung des Films „Der Schoß ist fruchtbar noch". Zieht man mal die drei aktiven Volksfrontler ab, die die Veranstaltung vorbereitet hatten, waren 17 Interessierte gekommen. Das ist, jedenfalls für unsere Verhältnisse, ein guter Erfolg.

Am 28.1. gab es in Dortmund eine Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit, zu der eine ganze Reihe verschiedener Initiativen und anderer Organisationen aufgerufen hatte und die wir auch tatkräftig unterstützten. Zwischen 500 und 700 Menschen nahmen daran teil. Das ist ein wirklich beachtliches und ermutigendes Ergebnis.

Der Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit, der den Widerstand gegen die Regierungspolitik ebenso einschließt wie den gegen die Nazi-Umtriebe, ist einer der Schwerpunkte, die wir uns in unserer Arbeit gesetzt haben.

Stichworte für Dortmund sind in diesem Zusammenhang: Die „Rückführungs"-Politik, die Vertreibungspolitik der Regierung, die von Hoesch massiv unterstützt wird; die immer noch anhaltenden Umtriebe der „Borussenfront" und anderer Nazis, die übrigens auch bewaffnet aufmarschiert waren, um die Demonstration zu überfallen, (die Polizei schritt ein); die Abschiebepraxis in unserer Stadt und ganz NRW und anderes.

Dabei sollten auch die Aktivitäten für die Durchsetzung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer erwähnt werden, mit denen in Dortmund begonnen wurde. Mehr als zehn verschiedene Initiativen wollen diese Arbeit unterstützen, und die Volksfront trägt ihren Teil — nicht den schlechtesten! — dazu bei. (In NRW sind im Herbst Kommunalwahlen.)

Daß es für uns wichtig ist, an der Forderung nach dem Verbot aller faschistischen Organisationen und ihrer vollständigen Zerschlagung festzuhalten, dafür waren die Nazi-Vorbereitungen gegen die Demonstration vom 28.1. nur ein weiterer Beweis. Und die Polizei, die in diesem Fall die Demonstration schützte, wird schließlich ebenso eine beliebige Aktion der NPD schützen, die sich immer noch bei uns herumtreibt. Das hier so beliebte „Wir-haben-alles-im-Griff"-Gerede der Polizeiführung hält uns jedenfalls nicht zurück.

Zum Friedenskampf ist unser Beitrag im Moment noch mehr als bescheiden, das müssen wir ehrlich zugeben. Wir müssen zur Zeit unsere Kräfte konzentrieren, und da sehen wir im Bereich des antifaschistischen Kampfes gegen Reaktion und Faschismus eindeutig unseren Schwerpunkt. Natürlich sind bei den Friedensaktionen, die am 30. Januar selbst stattfinden, auch Volksfrontler dabei.



Die Spitze des Dortmunder Demonstrationszuges.
Bei den Neonazis, die die Polizei vorübergehend festnahm, wurden Pistolen, Bolzenschußgeräte, Tränengas, Stahlgeschosse, Holzknüppel mit dem Aufdruck ANS sichergestellt. Die Parole auf dem Transparent der Volksfront — „Für das Verbot aller faschistischen Organisationen" — erwies sich einmal mehr als aktuell.

Mitglieder der Deutsch-Ausländischen Freundschaftsinitiative Dortmund-Nord haben eine Broschüre herausgebracht, die auch für Antifaschisten in anderen Städten interessant sein dürfte:



Detailliert wird in dieser Broschüre auf die Dortmunder „Borussenfront", ihre Mitglieder, ihr Umfeld, die Reaktion von Bewohnern des Dortmunder Nordens usw. eingegangen. Verbindungen zu neofaschistischen Organisationen werden aufgezeigt, das Verhalten der Vereinsführung, das Verhalten auch der Polizei und der Justiz zu diesem sogenannten Fanclub kritisch unter die Lupe genommen. Darüber hinaus gibt die Schrift einen Überblick über Umtriebe solcher Klubs in anderen Städten.

Die Broschüre kostet 2,— DM (zzgl. Porto) und kann auch beim Verlag Roter Morgen bestellt werden.

Rote Hilfe — nach wie vor wichtig

Wir stellen im Folgenden — nicht ohne Bezug zum Thema „30. Januar" — die Arbeit einer Organisation vor, die von manchen inzwischen fast vergessen scheint, obwohl sie immer noch einen ganz wichtigen Beitrag auch zum Widerstand gegen Reaktion, Faschismus und Krieg leiset, indem sie verfolgte Antifaschisten und Friedenskämpfer unterstützt: die Rote Hilfe Deutschlands.

Zur Arbeit der RHD kommt hier das Vorstandsmitglied Almut Euler zu Wort, mit Auszügen aus dem Redebeitrag, den sie auf dem Bundeskongreß der Volksfront im vergangenen November hielt. Er wurde dort mit starkem Beifall aufgenommen, und eine ganze Reihe von Delegierten traten daraufhin in die RHD ein.

Liebe Freunde,
Ich möchte Euch zunächst die Rote Hilfe Deutschland kurz vorstellen. Wie es in unseren Leitsätzen heißt, organisiert die Rote Hilfe „die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit, Religion und Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden, weil sie für die Ziele der Arbeiterbewegung eingetreten, weil sie sich im antifaschistischen Kampf einsetzen oder weil sie gegen die Kriegsgefahr kämpfen."

Viele von Euch werden wissen, daß das keine leeren Worte von uns sind, weil sie selbst schon in Mark und Pfennig unsere Hilfe erfahren haben. Es war ja so, daß sich durch den Wahlkampf der 'Volksfront 1980 ein gewisser Herr Strauß so massiv beleidigt gefühlt hat, daß er die Wahlhelfer der Volksfront mit einer wahren Flut von Prozessen angegriffen hat, die noch andauert. Und wie unsere Justiz so beschaffen ist, so hat er, spätestens in den höheren Instanzen, auch seine Wunden geleckt bekommen. Majestätsbeleidigung ist halt immer noch ein schweres Delikt bei uns.

Ich weiß nicht, wie viele Prozesse es insgesamt waren, auch nicht wie hoch die Kosten insgesamt ausgefallen sind. Aber ich kann Euch sagen, daß die Rote Hilfe Deutschlands von 1980 bis heute über 52.000,– DM zur Unterstützung von Strauß-Geschädigten aufgebracht hat, das meiste davon für Wahlhelfer der Volksfront.

Diese enorme Zahl ist für uns eine Bestätigung für die Notwendigkeit unserer Arbeit als Solidaritätsorganisation.

Es ist gut, daß wir diese Hilfe leisten konnten.

Aber es ist leider auch so, daß diese großen Summen, die wir für die Strauß-Gegner aufbringen mußten, den Solidaritätsfonds der RHD ganz schön ausbluten lassen. Wir stehen heute vor ziemlich leeren Kassen.

Das liegt daran, daß es uns nicht gelungen ist, auch nur annähernd in entsprechendem Maß neue Mitglieder für die RHD zu gewinnen, auch zum Beispiel aus Euren Reihen. Wir haben uns wohl auch noch nicht genug darum bemüht. Unser Solidaritätsfonds kann aber nur funktionieren, wenn er von vielen durch ihren regelmäßigen Beitrag auch gefüllt wird. Wir haben nur wenig Aktive in der RHD, die Sammelaktionen, Basare etc. durchführen können. Unsere Mitglieder sind eben zum größten Teil auf anderen Gebieten aktiv, im gewerkschaftlichen, antifaschistischen, Friedenskampf usw. Deshalb sind die regelmäßigen Mitgleidsbeiträge unser finanzielles Rückgrat. Ich möchte Euch alle von hier aus herzlich bitten — wenn Ihr es noch nicht seid — werdet Mitglied der Roten Hilfe Deutschlands. Helft mit, den Solidaritätsfonds zu füllen, auf den jeder von Euch vielleicht einmal angewiesen sein kann. Und werbt, wenn Ihr nach Hause kommt, an Euren Orten weitere Mitglieder."

Trotz der Schwierigkeiten, vor denen die RHD heute steht, trotz der relativ kleinen Organisation geben diejenigen, dank deren Engagement die RHD immer noch arbeiten kann, nicht auf. Sie können sich dabei darauf berufen, daß auch bei Berücksichtigung aller Bedenken die Tatsache bestehen bleibt, daß eine Unterstützung für politisch Verfolgte gebraucht wird, auf deren Beständigkeit unabhängig vom örtlichen und zeitlichen Auf und Ab der Bewegung Verlaß ist. Verschiedene positive Beispiele aus einzelnen Orten belegen auch, daß es möglich ist, Menschen für diese Solidarität zu gewinnen.

Wer mehr über die RHD wissen möchte, wende sich bitte an den Vorstand: Postfach 210309, 2800 Bremen.

Zum 7. Parteitag der DKP (Teil II)

Wie soll sich eine revolutionäre Strömung in der Arbeiterklasse entfalten?

Im ersten Teil unserer Betrachtungen zum Rechenschaftsbericht des DKP-Vorsitzenden Herbert Mies auf dem 7. Parteitag der DKP, der vom 6.—8. Januar in Nürnberg stattfand, hatten wir uns mit der dort beschlossenen Friedenspolitik befaßt. (Siehe RM 4/84, Seite 6—7). Heute, im zweiten Teil, geht es um die Entwicklung der Arbeiterbewegung, wobei wir uns hauptsächlich mit der Haltung zur Gewerkschaftsbewegung befassen, wie sie im zweiten Teil des Berichts über den wirtschaftlichen Kampf dargelegt wird — und erst recht, wie sie im vierten Teil des Berichts, über Bündnispolitik zur Frage der Betriebsratswahlen eingenommen wird.

Mit diesen *beiden Fragen* wollen wir uns deswegen ausschließlich befassen, weil natürlich viel von dem, was der DKP-Parteitag zur gegenwärtigen Lage in der BRD sagt, sozusagen Allgemeingut nahezu aller Linken ist, über das es im grundsätzlichen keinen Streit geben dürfte. Und mit der Haltung zu den Betriebsratswahlen wollen wir uns aus zwei Gründen schwerpunktmäßig befassen: Einmal weil dort inhaltlich eindeutige Feststellungen getroffen werden, was in der anderen Frage so nicht der Fall ist, und natürlich auch weil dies eine sehr aktuelle Frage ist, beginnen die Wahlen doch am 1. März.

Nicht eingegangen werden soll in diesem Rahmen auf ein drittes Problem, das eigentlich von größerer Bedeutung ist, nämlich die Ausarbeitung wirtschaftspolitischer Alternativen — das werden wir an anderer Stelle tun, weil dies ebenfalls eine ausführliche Behandlung erfordert.

Keine Schlußfolgerungen? Keine Fragen?

Nachdem im Rechenschaftsbericht kurz verschiedene Aktionen der Arbeiterschaft im Berichtszeitraum aufgezählt werden (Betriebsbesetzungen, Großdemonstrationen, Kundgebungen vor allem im Ruhrgebiet) und die Tatsache hervorgehoben wird, daß die DKP all diese Kämpfe unterstützt hätte, (was stimmt), kommt Mies in seiner Bewertung dessen zu folgender Aussage:

„In den Arbeiter- und Gewerkschaftsaktionen der jüngsten Zeit sehen wir Anzeichen dafür, daß es in den Betrieben nicht nur Resignation und Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, sondern auch wachsende Kampfbereitschaft, zunehmenden Widerstandswillen und zahlreichere Aktionen gibt."

Und als Orientierung:

„So ist es das Leben selbst, das von der Arbeiterklasse einen neuen Kurs verlangt. Es muß dies ein Kurs sein, der sich von sozialpartnerschaftlichen Illusionen löst. Er muß den Klassenkampf von „oben" mit dem Klassenkampf „von unten" beantworten."

Abschließend folgt die Unterstreichung, daß die DKP an der Entwicklung und Durchsetzung eines solchen Kurses unentwegt mitwirken werde.

So weit, so gut. Aber: Wie denn? Anhand welcher Fragen denn, um welche konkreten Schritte geht es dabei, was sind die dabei gemachten Erfahrungen? Zu alldem: Nichts.

War es denn vielleicht so, daß im Falle der Betriebsbesetzungen keinerlei Schwierigkeiten im Verhältnis zu den Gewerkschaften vorhanden waren? Daß es keine Debatten um diese Frage gegeben hätte, unterschiedliche Standpunkte deutlich geworden wären? Doch, all dies gab es. Nur bei Herbert Mies gab es das nicht. Und bestimmt nicht aus Unkenntnis.

Und bei den großen Aktionen im Ruhrgebiet, die angesprochen wurden: Gab es da nicht, immer und immer wieder, nach markigen Worten die Unterschrift der IGM-Betriebsräte — ihrer Mehrheit, ihrer Spitzen jedenfalls — unter noch ein und noch ein Kündigungskonzept? Doch, auch das gab es. Nur bei Herbert Mies gab es das nicht. Und auch dies bestimmt nicht aus Unkenntnis.

Warum wird beispielsweise ein Parteitagsdelegierter mit seiner Meinung, man brauche eine neue Massenstreikdebatte, zwar in der DVZ, nicht aber in irgendeiner Weise in der UZ wiedergegeben? Warum gab es zu den Wahlen im Parteivorstand, bei der Wahl von Kollegen aus wichtigen Betrieben, so seltsame Ergebnisse, daß ganz profilierte Leute aus den erwähnten Kämpfen da nicht — oder nicht mehr — auftauchen? Warum im Vorfeld des Parteitags eine Berichterstattung über die Zusammenarbeit mit SPD-Betriebsgruppen, die offensichtlich hier und dort selbst bei den betroffenen DKP-Gruppen auf Unverständnis stieß?

Das sind die kleinen Anzeichen dafür, was hinter dieser Nichtbefassung, hinter dieser anscheinend so unerklärlichen „Vergeßlichkeit" des Parteivorstandes steckt. Man will diese Fragen erst gar nicht aufs Tapet bringen, weil sie ein großes Potential von Kritik an der Gewerkschaftsführung enthalten, die den aktuellen politischen Festlegungen der DKP zuwiderlaufen.

Noch nicht einmal die in der DKP übliche These der „Gewöhnung" der Gewerkschaften an den Sozialpartnerschaftskurs. bzw. der entsprechenden Gewöhnung der Funktionäre wird hier angeführt.

Es ist nicht nur, daß man mit Zudecken der Gewerkschaftsbewegung in Wirklichkeit keinen Dienst erweist. Es ist auch, daß sich die DKP-Parteiführung damit gegen jene Kritik stellt, die bereits von recht vielen aktiven Gewerkschaftern geäußert wird und der DKP-Mitglieder offensichtlich nur unter der Hand zustimmen dürfen. Wobei hinzuzufügen ist, daß diese „Gewöhnungsthese" nicht nur ausgesprochen oberflächlich ist, sondern auch reale, politische und materielle Grundlagen für diesen Kurs bewußt verschweigt. Von den falschen, sozialdemokratischen weltanschaulichen Grundlagen ganz zu schweigen.

Viel klarer wird dies dort, wo Stellung bezogen wird, wo nicht um den heißen Brei herumgeredet wird, sondern klare Aussagen getroffen, bei der Frage der Betriebsratswahlen.

Gewerkschaftliche Einheit und oppositionelle Listen

„Betriebsratswahlen gehören zu den wichtigsten Anliegen der Belegschaften und ihrer Einheitsgewerkschaft. Sie müssen immer der Stärkung der Interessenvertretung der Belegschaften dienen. Wenn es bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen bei diesen oder jenen linken Kräften, zum Teil sogar stärker als in den früheren Jahren, auch Diskussionen über ‚linksoppositionelle Listen' gibt, dann möchten wir unseren Standpunkt bekräftigen: Wir setzen auf kämpferische gewerkschaftliche Einheitslisten. Die demokratische Kandidatenaufstellung zu diesen gewerkschaftlichen Einheitslisten muß über den Vertrauensleutekörper gehen. Der Belegschaft nutzt nicht ihre Spaltung, sondern ihre Einheit. Ihnen nutzt nicht die Verselbständigung und Abgrenzung von Gruppen gegenüber den Gewerkschaften, sondern gewerkschaftliche Einheit. Und an der Festigung dieser Einheit wirken wir Kommunisten wie bisher auch künftig mit."

So sehr hier die realistische Betrachtungsweise zu loben ist, daß in der Tat heuer wesentlich mehr über oppositionelle Listen diskutiert wird als noch bei den letzten Wahlen, ein Fakt, um den man nicht herumkommt, so sehr ist zu bedauern, daß Herbert Mies sich dann in keiner Weise auf eine ehrliche Auseinandersetzung um diese Frage einläßt und schon gar nicht auf den Kern der Sache zu sprechen kommt — es genügt ihm offensichtlich, eindeutig Position zu zeigen. Also muß er daran gemessen werden.

Einige ausführlichere Bemerkungen zu dieser Haltung, die uns sicher bei den herannahenden Wahlen noch mehr beschäftigen wird, sind hier nötig.

1. Tatsache ist, daß es von Betriebsratswahl zu Betriebsratswahl in einer wachsenden Zahl von — gerade — Großbetrieben nicht nur mehr Diskussion um oppositionelle Listen, sondern auch mehr oppositionelle Listen gibt. Dies ist nicht der Ausdruck der Taktik irgendeiner Partei, sondern des Wunsches nach einer veränderten Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit. (Das beachtliche Wählerpotential dieser Listen ist ebenfalls nachgewiesenermaßen nicht identisch mit jenem Potential, das, in der Regel in weit geringerem Maß, rechte Listen mobilisieren können).

Es ist eben nicht nur so, daß dabei die Aktiven dieser Listen immer weiter in die „politische Mitte" hineinreichen und daß vor allem die Resonanz in der Wahl zeigt, daß es sich dabei weder um sektenhaftes noch um isoliertes Vorgehen handelt. Es ist in diesem Zusammenhang ja vor allem die Frage, ob denn dieser Wunsch wohl falsch oder gerechtfertigt ist. Und unsere Partei, die Kommunisten, aber auch eine wachsende Zahl von kämpferisch gesinnten Gewerkschaftern anderer politischer Richtungen sagen dazu eindeutig Ja.

2. Sind daneben auch noch Voraussetzungen, die Mies angibt, keineswegs Realität, sondern weit eher Schönfärberei. Die Aufstellung der Kandidatenlisten etwa läuft ja keineswegs überall so demokratisch, wie Mies das sagt, sondern war ganz im Gegenteil oft genug mit einer der Auslöser für die Bildung oppositioneller Listen. Das ist das Eine, das im Konkreten Falsche. Aber auch im Grundsatz, in der Frage der Einheitsgewerkschaft, liegen die Tatsachen etwas anders, als Mies sie beschreibt.

Mies selbst verwahrt sich gegen solche Kräfte im DGB, die die Einheitsgewerkschaft zu einer Einheit zwischen christlichen und sozialdemokratischen Arbeitern reduzieren wollen, also die Kommunisten ausschließen. Konkret nennt er keine Namen, kann ja aber kaum jemand anders meinen als vor allem die IGBE, die genau diese These in ihrem Zentralorgan lautstark vertritt. Dagegen verwahrt er sich — zu Recht. Aber wenn man dieses Spektrum um die DKP ergänzt, dann ist er zufrieden — zu Unrecht. Denn es gibt da noch das ganze politische Spektrum — bei weitem nicht nur — der Revolutionäre, sondern auch zahlreicher Sozialdemokraten usw., das in der Regel von Unvereinbarkeitsbeschlüssen bedroht ist, bzw. aufgrund dieser Beschlüsse viele Hunderte von Ausschlüssen über sich ergehen lassen mußte. Und dies eben nicht wegen ihrer „falschen Taktik" sondern aufgrund der politischen Festlegungen der DGB-Spitze. Auch dies sind viel mehr als ein paar oder ein paar Hundert Personen, denn auch hier gibt es einen Anhang, auch dies ist ein, wenn auch relativ kleines, so doch massiv vorhandenes politisches Spektrum, das zu einer echten Einheitsgewerkschaft jedenfalls dazu gehört. Und auf jeden Fall mal mehr als zumindest eine ganze Reihe von CDU-Spitzenfunktionären.

Also handelt es sich bei dieser Erscheinung weder um einen Randvorgang, noch um eine Entwicklung, die man ohne weiteres als innerhalb einer echten Einheitsgewerkschaft sich vollziehend bezeichnen kann, wenn man der Realität und nicht dem Wunschdenken Tribut zollt. Es ist aber bei weitem nicht nur eine Frage der auf dem Tisch liegenden Fakten, sondern auch der politischen Bewertung, des grundsätzlichen politischen Herangehens an die Auseinandersetzung zwischen zwei Linien innerhalb der Arbeiterbewegung.

Ducken um des Ausgleichs willen

Politisch ist es im Kern die Frage, ob man aus der Einheitsgewerkschaft einen Fetisch macht, von da aus all sein Tun und Handeln bestimmt, oder besser: bestimmen läßt, oder ob man sich die Bedingungen überlegt, unter denen allein eine revolutionäre Strömung in der Arbeiterklasse sich ausbreiten, entwickeln, Fuß fassen kann.

Entwickelt sich dies so, daß eine in die gewerkschaftlichen Beschlüsse eingebundene Arbeiterschaft, die sich unter solcher Führung und unter dem Druck der Ereignisse allmählich, sozusagen geschlossen, nach links entwickelt, dadurch nach und nach revolutionär wird? Oder entwickelt sich dies auf dem Weg der Auseinandersetzung zwischen revolutionärer und reformistischer Politik? Müssen Vertreter einer solchen Strömung, nicht nur bei Wahlen und schon gar nicht nur in der Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung Flagge zeigen, oder sollen sie sich darauf beschränken „hinter den Kulissen" zu arbeiten? So etwa läßt sich die grundsätzliche Frage dieser Auseinandersetzung formulieren und Herbert Mies und der Parteitag der DKP beziehen da in aller Eindeutigkeit Stellung. Eindeutig gegen das „Flagge zeigen", für die Eingebundenheit in Gewerkschaftsbeschlüsse, für das Arbeiten ausschließlich „hinter den Kulissen".

Demgegenüber muß eine revolutionäre Position, die Gewerkschaftsarbeit eben nicht als Endziel der Bewegung ansieht, eine gänzlich andere sein. Eine solche Position wie Herbert Mies einzunehmen, das beweist schließlich nur, daß es ihm und seiner Parteiführung gar nicht darum geht, zur Entwicklung einer revolutionären Arbeiterbewegung beizutragen, sondern daß er in reformistischen Konzeptionen der Organisation des Kampfes gefangen ist.

Es soll hier weder gegen unterschiedliche Bedingungen noch gegen bestimmte taktische Vorgehensweisen usw. polemisiert werden, das ist gar nicht die Frage, gerade hier hat beispielsweise unsere Partei viel dazu gelernt, viel dazulernen müssen.

Es geht um Grundsätze. Und da zeigen alle Erfahrungen, sowohl die geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung überhaupt als auch jene konkreten Erfahrungen, die bisher in unserem Land zu machen waren, eine ganz andere Substanz als die Schlußfolgerung vom DKP-Parteivorstand.

Ohne den Kampf gegen die festgefahrenen reformistischen Positionen, die materiell begründet und satzungsmäßig abgesichert sind, kann sich überhaupt keine revolutionäre Strömung entwickeln. Das betrifft bei weitem nicht nur die Frage der Betriebsratswahlen, aber eben auch. Dem sei hinzuzugefügt, daß es heute in einer Reihe von Betrieben eben deshalb bessere (so allgemein festgestellt) Gewerkschaftslisten gibt, weil es zuerst oppositionelle Listen gab, die sich als nötig erwiesen, um Strukturen aufzubrechen.

Allein entscheidend, so fügt Herbert Mies hinzu, seien die Beschlüsse der Gewerkschaftstage und nicht dieser oder jene Beitrag (wobei er sich wiederum gegen die IGBE-„Einheit" wendet) und diese Beschlüsse wiesen eben nach vorne, hin zu einer mehr kämpferischen Gewerkschaftsbewegung. Damit will er natürlich seine These von der allmählichen geschlossenen auseinandersetzungsfreien Entwicklung zum Klassenkampf untermauern.

Nun soll hier nicht die alte Erfahrung breit ausgewalzt werden, daß es viele Gewerkschaftsbeschlüsse gibt, die auf dem Papier stehen, aber nie auch nur ansatzweise verwirklicht wurden und wo auch keine Versuche in diese Richtung abzusehen waren. Das ist nur das eine, unmittelbar aus der Praxis kommende, was gegen Mies These zu sagen ist. Daß es — aus verschiedensten Gründen — heute bessere Gewerkschaftsbeschlüsse gibt als früher, ist absolut kein Grund dafür, von Seiten der kämpferischen Teile der Gewerkschaftsmitgliedschaft und Funktionäre für ihren Kampf und den der Belegschaften auf solche Beschlüsse zu warten.

Das würde in Wirklichkeit den Kampf hemmen. Und wenn man dann als ein Beispiel die Lobpreisungen über die Beschlüsse des IGM-Tages bei Mies liest, dann sollte man zur selben Zeit auch darüber nachdenken, welche Behandlung die „Betriebsbesetzer" am Rande dieses Kongresses mit ihrem Initiativantrag und ihrer Veranstaltung erlebten — eine brutale Abfuhr nämlich, gehetzt wurde gegen sie, sie seien Gewerkschaftsfeinde. Wer solche politischen Haltungen eben nicht berücksichtigt, nicht einmal in Betracht zieht, der ist ein Opportunist, der macht Gewerkschaftspolitik bereits vollends in den Fängen des Reformismus. Wobei alleine schon die Herangehensweise, nur nach dem Papier zu urteilen, recht wenig mit Marxismus zu tun hat, auf den sich doch auch Herbert Mies stets zu berufen versucht.

Ob es denn für die Arbeiter nicht gut sei, daß es den DGB gäbe, pflegt dann am Ende solcher Debatten mit DKP-Mitgliedern oft als Frage aufzutauchen, mit der sie einen „fangen" wollen. Dazu bleibt nur zu sagen: Das ist relativ. Und außerdem unsinnig. Unsinnig, weil es ihn gibt. Relativ, weil es gut ist im Vergleich zur Nichtexistenz von Gewerkschaften oder einer faschistischen Arbeitsfront usw. Schlecht, im Vergleich dazu, wenn es eine klassenkämpferische Einheitsgewerkschaft gäbe. So plump lassen sich keine revolutionären Positionen erschüttern.

Mit einer solchen Linie, wie sie der DKP-Parteitag erneut festgeschrieben hat, wird man allerdings keinen Beitrag dazu leisten, daß sich eine revolutionäre Strömung in der Arbeiterbewegung entwickelt, auch bei noch so viel unermüdlichem Einsatz, wie ihn viele DKP-Mitglieder bringen. Im Gegenteil, das Ducken vor der reformistischen Übermacht hemmt eine solche Entwicklung geradezu.

Geld für die KPD in der DDR!

Spenden für die Aktivitäten der KPD zur 35-Stunden-Woche und für den „Roten Morgen" — dazu wird im „Roten Morgen" seit drei Wochen aufgerufen (und das wird noch das ganze Jahr anhalten). Der dritte Spendenfonds gilt der KPD in der DDR. Wie schwierig die Arbeit dort ist, braucht man keinem zu erzählen, der den „Roten Morgen" öfter liest. Aber auch hier gilt: daß das auch teuer ist, daran denkt man so schnell nicht. Aber: Es ist teuer! Und deshalb braucht die KPD in der DDR auch deine Spende! Jetzt!

Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft e.V.

— Sekretariat — Postfach 19-7622, 2000 Hamburg 19, Tel.: (040) 8502736

Begegnung mit Albanien

„Albanien ist ein kleines Land, das das Schicksal aller kleinen Länder teilt: nicht in dem Maße beachtet zu werden, als es verdient." Dieser Eindruck, vor 40 Jahren formuliert, ist leider auch heute noch richtig. Dabei ist Albanien mit seinem wechselvollen Schicksal und seiner besonderen Stellung aus der europäischen Kulturgeschichte gar nicht wegzudenken, und auch heute geht es einen bemerkenswerten Entwicklungsweg.

Die Deutsch-Albanische-Freundschaftsgesellschaft (DAFG) hat sich zur Aufgabe gestellt,vielfältige Beziehungen zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk zu entwickeln, das gegenseitige Verständnis durch menschliche Begegnungen zu fördern, über Geschichte und Gegenwart Albaniens und seine Kultur zu informieren. Reisen in dieses bei uns immer noch wenig bekannte, dabei gar nicht so fern liegende Land, persönliche Begegnungen sind dafür das beste und einfachste Mittel. Seit Vereinsgründung führen wir deshalb Albanien-Reisen durch. Bei der organisatorischen Abwicklung vermittels Reisebüros und bei der Zusammenarbeit mit unseren albanischen Partnern verfügen wir über mehr als zehnjährige Erfahrungen.

Unsere DAFG-Reisegruppen wollen nicht nur Vereinsmitgliedern, sondern allen Interessenten, die unsere Zielsetzung akzeptieren, die Gelegenheit bieten, sich aus eigener Anschauung ein Bild zu machen, Albanien zu erfahren. Vielleicht wird ja auch für Sie die Begegnung mit Albanien mehr als nur ein Urlaubsabenteuer...

Programme zum Kennenlernen des Landes

Wer mit der DAFG nach Albanien fährt, will mehr als Strand und Sonne erleben. Wer Land und Leute, deren Kultur und Aufbauleistung erfahren möchte und wie das ehemalige Armenhaus Europas sich seit seiner Befreiung entwickelt hat, wie die sozialistische Gesellschaftsordnung in der Praxis aussieht, dem bieten wir ausgesuchte Exkursionsprogramme mit deutscher, landeskundiger Reiseleitung und albanischen Dolmetschern.

Neben Sonderreisen mit thematischen Schwerpunkten bieten wir im Sommer allgemeine Programme zum Kennenlernen des Landes an. Diese Fahrten erschließen einzelne Regionen mit ihren bedeutenden Städten und Sehenswürdigkeiten. Besucht werden Landwirtschafts- und Industriebetriebe, sozio-kulturelle Einrichtungen, Museen, Ausstellungen und Kulturstätten. Gesprächsrunden mit albanischen Fachleuten und Diskussionen gehören ebenfalls zum Programm. Film- und Folklorevorstellungen können besucht werden. Ruhetage zwischen den einzelnen Exkursionen lassen Zeit, die neu gewonnenen Eindrücke zu verarbeiten.

Zur Vorbereitung veranstalten die DAFG-Ortsgruppen nach Bedarf Einführungsabende.

DAFG-Albanienprogramme Sommer 1984

2.—24. Juli, 3-Wochen-Reise
Vorgesehen sind Besuche in Durrës, Tirana, Kruja, Berat. Als Höhepunkt eine sechstägige Fahrt nach Saranda (am Ionischen Meer) mit Besuch u.a. von Butrint, Borsh (an der albanischen Riviera), Gjirokastra.
Preis mit Programm **1583,50 DM*** — 1633,50 DM (+ 125,00 DM)**
Preis ohne Programm **1398,50 DM*** — 1448,50 DM (+ 75,00 DM)**

23. Juli — 7. August, 2-Wochen-Reise
Vorgesehene Besuche: Durrës, Tirana, Sukth (oder Peza). 2-Tages-Fahrt: Berat - Fieri/Apollonia - Vlora und 3-Tages-Tour: Elbasan - Pogradeç - Korça.
Preis mit Programm **1303,50 DM*** — 1358,50 DM (+ 110,00 DM)**
Preis ohne Programm **1158,50 DM*** — 1198,50 DM (+ 55,00 DM)**

6.—28. August, 3-Wochen-Reise
Mit Besuchen in Durrës, Tirana, Kruja, Berat-Fieri/Apollonia - Vlora (2-Tages-Tour), Kavaja (oder Sukth) und als Besonderheit: durch das nordalbanische Bergland zur selten besuchten Stadt Kukës (am Drin-Einlauf in den Fierza-Stausee)
Preis mit Programm **1583,50 DM*** — 1633,50 DM (+ 125,00 DM)**
Preis ohne Programm **1398,50 DM*** — 1448,50 DM (+ 75,00 DM)**

Reiseweg für alle Sommerreisen (vorbehaltlich Änderungen): Anreise mit Linienflügen ab Frankfurt/M. (Abflug am späten Nachmittag) — Belgrad (Zwischenübernachtung) — Tirana/Rinas; Rückreise: Linienflüge ab Tirana/Rinas — Belgrad — Frankfurt/M. (Ankunft gegen Mittag). Wahlweise Abflug von München.
Anmeldeschluß: 6 Wochen vor Abreisetermin
***Frühbucherpreis:** bei Anmeldung bis 30. April 1984
**Bei weniger als 21 Teilnehmern verteuert sich leider die Fahrt um den in Klammern angegebenen Betrag.

Familienpreise	2 Wochen	3
Kinder (Unterbringung im Elternzimmer Hotel — Kat. B. ohne Programm. Für Kinder bis zu 6 Jahren wird die Verpflegung nach Verzehr direkt im Hotel gezahlt)		
unter 3 Jahren (kein Anspruch auf Sitzplatz im Flugzeug, kein Freigepäck, Unterbringung im Bett der Eltern). Direkt im Hotel zu zahlen, falls gewünscht (1,5 Dollar/Tag)	Flug kostenlos + Kinderbett	
unter 6 Jahren (Kinderbett)	188,50	250,00
unter 12 Jahren (Kinderbett)	413,50	585,00
Programmzuschlag für Kinder ab 3 Jahren	145,00	155,00
Strandurlaub für Eltern = Preise ohne Programm **Ermäßigung,** wenn der erwachsene Zimmerpartner die gleichzeitige Programmreise bucht.	50,00 DM Ermäßigung	
Zuschläge (pro Person)		
2-Bett-Zimmer mit Dusche/WC in Hotel-Kategorie A. Kinderzuschläge für Hotel-Kategorie A auf Anfrage.	240,00	360,00
Einzelzimmer bei Transferübernachtung	15,00	

Leistungen:
Sofern nicht anders angegeben, gelten alle Preise von und bis Flughafen Frankfurt/Main. (Wahlweise Abflug von München möglich). Sie enthalten: Flug in JAT-Linienmaschinen • Bustransfer • Programm • Unterbringung in 2-Bett-Zimmern der Hotel-Kategorie B (fl. Warmwasser, Etagenduschen) • Vollpension • Visum und • alle Gebühren • Reiserücktrittskostenversicherung • Reisegepäckversicherung • alb. Dolmetscher • DAFG-Reiseleitung (bei Programmreisen).
Im Preis nicht enthalten sind Fahrten und Eintrittsgelder für den Besuch von Folklore- oder anderen Veranstaltungen.

Was man noch wissen sollte

Die DAFG vermittelt Reisen nach Albanien. Sie stellt **Reisegruppen** mit 20 bis 30 Teilnehmern und eigenen Programmen zusammen. Ein landeskundiger DAFG-Reiseleiter betreut die Gruppe.

Veranstalter im Sinne des Reisevertragsrechts ist Skanderbeg-Reisen, Gesellschaft m. b. H. für Reisen nach Albanien, Seelhorststr. 12, 4100 Duisburg 11. Die allgemeinen Bedingungen auch für die Versicherungen liegen dort zur Einsichtnahme aus. Bitte **alle Reisezahlungen** nur direkt an Skanderbeg-Reisen entrichten.

Die **Mindestteilnehmerzahl** für unsere Gruppenreisen beträgt 21 Personen. Kinder nicht gerechnet. Bei weniger Anmeldungen ist eine programmgemäße Durchführung nicht gewährleistet und der Preis pro Person verteuert sich.

Unsere Albanien-Reisen sind **Pauschalreisen.** Das macht sie preisgünstiger und die Programmgestaltung zuverlässiger. Das bedeutet aber auch, daß Übertragungen oder Rückvergütungen für Exkursionen, an denen man nicht teilnimmt, nicht möglich sind.

Es besteht die Möglichkeit, nur **Strandaufenthalt** zu buchen. Wir bieten es im Sommer besonders für Familien an. Albturist führt von Durrës-Strand aus einzelne Fahrten ins Landesinnere unter Leitung eines Dolmetschers durch, wenn sich die nötige Teilnehmerzahl dafür findet (keine Gewähr für die Durchführung). Buchung und Zahlung direkt bei Albturist im Hotel „Adriatik", auch zusätzlich zu den Pauschalreisen möglich.

Einzelzimmer: Buchung und Bezahlung nur noch direkt im jeweiligen Hotel. Lediglich für die Transferübernachtung in Jugoslawien werden Vorausbuchungen bei Anmeldung entgegengenommen. Gleiches gilt übrigens auch für die Bestellung von **Kinderbetten** für Kinder bis zu 3 Jahren.

Einzeleinreise für Touristen, **Campingurlaub** oder **Autotourismus** ist in Albanien nicht möglich, desgleichen für Ausländer auch keine **Einzelreisen, Fahrradtouren** oder **Wanderungen** im Lande usw.

Einreise auf dem Landweg ist für Gruppen möglich. An der jugoslawisch-albanischen Grenze sind zwei Straßengrenzübergänge geöffnet: Hani Hoti (am Shkodrasee) und Qafa Thane (am Ochridsee). **Einreise per Schiff** mit touristischem Ziel ist bis dato nicht möglich.

Die DAFG-Programme sind mit unseren albanischen Partnern und von ihnen mit den jeweiligen Institutionen und Einrichtungen abgesprochen. Dennoch: **Preis- und Programmänderungen bleiben vorbehalten.**
Beachten Sie bitte auch die Hinweise auf Visum- und Zollbestimmungen in dem farbigen Prospektheftchen (Seite 6).

Sonderreisen

Wie in jedem Jahr werden wir einige Sonder- und Studienreisen mit besonderen Themen und Programmen durchführen, teils auch in Zusammenarbeit mit Volkshochschulen und anderen Einrichtungen. Diese Reisen liegen zumeist außerhalb der Sommersaison und bieten Berufs- oder speziellen Interessengruppen einschlägige Exkursionen und fachliche Kontakte.
Wir unterstützen auch gern weitere Studienreisen oder Reisegruppen mit besonderen Programmwünschen. Wenn Sie selbst eine solche Gruppe zusammenstellen wollen, beachten Sie, daß eine Mindestteilnehmerzahl nötig ist, und nehmen Sie bitte möglichst frühzeitig Kontakt auf (spätestens sechs Monate vor Reisebeginn).
Wir stehen gern bei ihrer Planung, Vorbereitung und Durchführung mit unserer langjährigen Erfahrung zur Verfügung. Wir verleihen Filme, vermitteln Referenten und stellen landeskundliche Reiseleiter.

Sonder- und Studienreisen '84

Gesellschaft und Erziehung **12.—27.3**
(Bevorzugt für Angehörige pädagogischer Berufe aus Hamburg) Unterbringung in Tirana (Hotel-Kategorie A), von hier aus Fahrten nch Durres, Elbasan, Berat und Kruja **Preis 1418,50 DM****

Schule und Beruf **9.—24.4.**
(Bevorzugt für Angehörige pädagogischer Berufe aus Bremen) Unterbringung in Tirana (Hotel-Kategorie A) mit Fahrten nach Durrës, Kruja, Berat und Korça (3-Tages-Tour) **Preis 1418,50 DM****

Schule in Albanien **9.—24.4.**
(Bevorzugt für Angehörige pädagogischer Berufe aus NRW) Unterbringung in Tirana (Hotel-Kategorie A) mit Besuchen in Durrës, Kruja, und 5-Tages-Fahrt nach Gjirokastra - Saranda - Butrint **Preis 1458,50 DM****

Mai-Kurzreise **8.—16.5.**
Von Tirana aus Besuche in Durrës, Lezha, Shkodra und eine 3-Tages-Fahrt nach Berat - Gjirokastra - Saranda - Butrint (Hotel-Kategorie A) **Preis 1328,50 DM**

Gesundheitswesen und Sozialsystem **10.—25.9.**
(Für Angehörige fachspezifischer Berufe) Von Tirana aus Besichtigungsfahrten nach Kruja, Durrës, Elbasan sowie Gjirokastra - Saranda (mit mehrtägigem Aufenthalt) **Preis 1558,50 DM****

Frauenfragen in Albanien **6.—21.10.**
(Spezielle Frauenreisegruppe) Unterbringung in Tirana (Hotel-Kategorie A) mit Besuchen in Shkodra, Lezha, Kruja, Durrës, Kavaja und 3-Tages-Fahrt nach Gjirokastra - Saranda. Flug Frankfurt/M. - Titograd und Bustransfer **Preis 1538,50 DM****
Preis ab Titograd = ohne Flug **1088,50 DM****

**Bei weniger als 21 Teilnehmern erhöht sich der Preis um 110,00 DM.
Anmeldeschluß: 6 Wochen vor Abreisetermin

Sommerreisen ab Berlin
30.7.—27.8. Vier Wochen mit Superprogramm **2103,50 DM***
Zwei Wochen Programm, dann Strand **1988,50 DM***
13.8.—27.8. Zwei Wochen mit Programm **1338,50 DM***

ab/bis Berlin-Schönefeld, Hotel Kategorie B, Programmeinzelheiten und Kinderpreise auf Anfrage.
*Frühbucherpreis. Bei Anmeldung nach 30.4.84 und bei weniger als 21 Teilnehmern erfolgen Preisaufschläge.



Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten", unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat" vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Spendenliste Januar 1984

Es spendeten für den „Roten Morgen":

3.1.	W.P., Kiel	25,— DM
9.1.	S.R., Grassel	20,— DM
11.1.	N.G., Steinfurt	12,— DM
12.1.	J.H., Coburg	2,30 DM
	B.R., Wilhelmshaven	1,70 DM
31.1.	M.C., Werdohl	20,— DM
16.1.	H.-J.W., Oldenburg	30,— DM
18.1.	K.-H.E., Dürrlauingen	12,20 DM
	A.R., Aalen	4,20 DM
19.1.	B.R., Duisburg	2,— DM
	B.S., Karlsruhe	10,— DM
23.1.	E.G., München	10,— DM
	R.K., Westberlin	20,— DM
24.1.	W.K., Essen	10,— DM
	Buchladen RM, Bremen	65,— DM
		244,40 DM

Es spendete für die DDR Genossen:

24.1.	Buchladen Bremen	65,— DM

An nicht sachgebundenen Spenden gingen ein:

3.1.	H., München	100,— DM
11.1.	J.B., Bochum	1600,— DM
24.1.	H.B., Hamburg	40,— DM
25.1.	N.H., Bremen	200,— DM
	A.M., Waghäusel	10,— DM
		1950,— DM

Wir danken allen Spendern für ihre Unterstützung!

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ... ab Nr. ....
Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich 60 DM
○ halbjährlich 30 DM
○ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM ....
○ Ich habe den Betrag von DM .... an den Verlag überwiesen
○ Ich bitte um Vorausrechnung
Name Vorname ....
Straße ....
PLZ/Ort ....
Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290 (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Arbeiterpolitik

in Betrieb und Gewerkschaft

Jede Woche neu!

• unterstützt
• dokumentiert
• analysiert
und kritisiert



ZEITUNG DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30

Grüne in Hessen

Ein Juniorpartner der SPD?

Ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung billigte der SPD-Vorstand Hessen in der letzten Woche das Verhandlungsergebnis der hessischen Sozialdemokraten mit den Grünen. Denn Holger Börner hat erreicht, was er wollte. Er hat die der SPD im hessischen Landtag fehlenden Mehrheiten beschafft — für den Haushalt '83 und für seine Wahl zum Ministerpräsidenten.

Und die Grünen, haben sie ebenfalls erreicht, was sie wollten? Kerschgens Wort vom „Anbruch einer konkreten Utopie" läßt vermuten, daß die sogenannte Realpolitikerfraktion bei den Grünen sich tatsächlich als heimlicher Sieger bei diesem ungleichen Zweikampf fühlt. Läßt man die persönliche Genugtuung einmal beiseite, die es verschiedenen Grünen zweifellos bereitet hat, nun endlich aus dem Straßenstaub der Protestpartei in die höheren Sphären einer „normalen Partei" und eines „normalen Abgeordneten" gehoben worden zu sein, besteht zu einem solchen Siegergefühl allerdings wenig Anlaß.

Denn bei nüchterner Betrachtung sieht das Ergebnis von über 100 Verhandlungsstunden zwischen Grünen und SPD so aus: Die Grünen haben die Erlaubnis von Holger Börner bekommen, für seinen Haushalt und für seine Wiederwahl zum Ministerpräsidenten stimmen zu dürfen. Nicht mehr und nicht weniger. Wenn ihnen das reicht, um sich als Juniorpartner der SPD zu fühlen, so ist das selbstverständlich ihre Sache. Tatsächlich sind sie allerdings zu dem geworden, was sie werden sollten, seit Willy Brandt das Wort von der „Mehrheit links von der CDU" prägte: zum Mehrheitsbeschaffer für die SPD.

Falsch verhandelt?

In den letzten Tagen und Wochen ist die Verhandlungskommission der hessischen Grünen von den Gegnern des Usinger Beschlusses mit Kritik und Spott überschüttet worden. Tatsächlich hat sie auch nicht nur eine lächerliche Figur gemacht, sondern auch eine grundlegende grüne Position nach der anderen verschachert. Es ist wirklich ein schlechter Witz, wenn es im Beschluß von Usingen heißt: „Die Grünen werden in ihrer parlamentarischen Arbeit alle Möglichkeiten nutzen, eine ökologische und soziale Neuorientierung der hessischen Landespolitik herbeizuführen. Die erzielten Verhandlungsergebnisse sind dazu erste Schritte." Eine dieser grundlegenden grünen Forderungen ist die nach dem Ausstieg aus der Atomenergie. Aber wie in Hamburg mußten natürlich auch die Grünen in Hessen die Erfahrung machen, daß die SPD über diese Forderung, die grundlegende Interessen des Finanzkapitals berührt, nicht mit sich reden läßt. Also einigte man sich „als ersten Schritt zur Neuorientierung" darauf, daß alles so bleibt, wie es ist und lediglich Biblis C nicht gebaut werden soll — was auch Holger Börner inzwischen nicht mehr für wirtschaftlich vernünftig hält.

Eine andere grundlegende Forderung der Grünen speziell in Hessen war die gegen den Bau und die Inbetriebnahme der Startbahn West — aus ökologischen und antimilitaristischen Gründen. Auch diese Forderung ist für Holger Börner (der sich bekanntlich gerade in den Auseinandersetzungen um diese Forderung den Beinamen „Dachlatten-Börner" erworben hat) natürlich nicht verhandlungsfähig. Also einigte man sich „als ersten Schritt zur Neuorientierung" darauf, die Möglichkeiten eines Nachtflugverbots zu prüfen.

Von „ersten Schritten zu einer **demokratischen** Neuorientierung" ist in dem Beschluß von Usingen nichts erwähnt. Vergeßlichkeit? Ehrlichkeit? Scham? Von den Berufsverboten bis zum kommunalen Wahlrecht für Ausländer, von der Polizei bis zu den Gefängnissen — hier war für Börner gar nichts verhandlungsfähig. Denn hier geht es für Börner und die SPD um den Kern dessen, was sie unter „Politikfähigkeit" einer Partei verstehen. Wenn Börner in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau" vom 6.1.84 von der „Bringschuld" sprach, die seiner Auffassung die Grünen „gegenüber dem demokratischen System" haben, dann fordert er vor allem eins: Ihr bedingungsloses ja zum bürgerlichen Staat mit seinen Machtorganen.

So wie für die SPD der „Reifetest" zur Regierungspartei die Unterstützung der Notstandsgesetze war, so ist für die Grünen der „Reifetest" für eine „normale" politische Partei die Anerkennung der Notwendigkeit der staatlichen Machtorgane, der Polizei, der Justiz, der Gefängnisse usw. Nicht umsonst betonte Holger Börner in dem schon erwähnten Interview noch eimal ausdrücklich: „Das heißt, wer den Haushalt mitträgt, muß auch das mit verabschieden, was einem nicht paßt. Ich denke nur an bestimmte Bereiche der öffentlichen Sicherheit. Hier lassen wir uns nicht auf Luftgeschäfte ein." Auf deutsch: eine „politikfähige" Partei ist in Börners Augen eine staatstragende Partei: Und die Grüne Verhandlungskommission bestand den „Reifetest". Sie schloß sich in allem der SPD-Linie an. Nein, nicht in allem. Wir wollen niemandem Unrecht tun. Beim Verfassungsschutz machte die grüne Verhandlungskommission nicht mit. Nicht, daß sie das Geld nicht bewilligt hätte. Nein, man muß parlamentarische Verantwortung ja auch — und gerade da — tragen, wo es einem besonders schwerfällt. Aber die grüne Verhandlungskommission drohte Börner — mit Vorschlägen für einen alternativen Verfassungsschutz!

In der Tat. Die Verhandlungen der Grünen mit der SPD bieten sicherlich eine ideale Schießscheibe für den Spott Linker und Alternativer. Aber die Spötter machen es sich zu leicht. In verschiedener Hinsicht. Wer das Verhandlungsergebnis von Hessen in der Luft zerreißt, weil er meint, es sei nicht „klug genug verhandelt worden", der argumentiert naiv. Bei Verhandlungen der Grünen mit der SPD **kann** nichts anderes herauskommen — von kosmetischen Unterschieden abgesehen — als das, was in Hessen herausgekommen ist.

Man kann eben, wie Holger Börner der grünen Verhandlungskommission erklärte, auf parlamentarischer Ebene aus 5,9 Prozent Mandaten nicht 50 Prozent des Einflusses mache. Es kann auch nicht grundsätzlich anders — „klüger" — verhandelt werden als es die grüne Verhandlungskommission in Hessen getan hat. Denn wer meint — und es meinen praktisch alle, rechte wie linke — die Grünen kämen politisch in die Offensive, wenn sie mit der SPD in Verhandlungen darüber eintreten, unter welchen Bedingungen eine SPD-Regierung von ihnen toleriert werden könne, befindet sich in einem grundlegenden Irrtum.

Es geht nicht darum, ob man in einer politischen Situation wie in Hessen (oder auch in Hamburg) für einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten stimmt oder nicht. Im Gegenteil. Daß die Grünen nicht für einen CDU-Ministerpräsidenten stimmen, ist ja wohl das mindeste, was man von einer Partei, die den Anspruch erhebt, fortschrittlich zu sein, verlangen kann. (Wenn es auch für die Grünen durchaus nicht immer selbstverständlich war.) Es geht darum, daß man einen solchen wesentlichen Punkt der eigenen Politik zum Gegenstand von Verhandlungen mit der SPD macht, weil man sich einbildet, man könne als Gegenleistung der SPD relevante politische Zugeständnisse abtrotzen. Aber das funktioniert nicht und kann auch nicht funktionieren.

Wer sich mit der SPD an den Verhandlungstisch setzt, hat in dem Moment, wo er sich setzt, bereits verloren. Denn von diesem Moment an ist er politisch erpreßbar geworden. Und daß die SPD nicht zimperlich ist, eine solche Situation auszunutzen, hat Holger Börner vorexerziert. Er hat die Bedingungen diktiert. Und seine grundlegende Bedingung hieß: Vor dem „Ja" zu einem solzialdemokratischen Ministerpräsidenten steht das „Ja" zum Haushalt '83. Warum ihm dieses vorgeschaltete „Ja" zum Haushalt '83 so wichtig war, ist klar. Weil es bei einem Haushalt in einem kapitalistischen Staat eben nicht in erster Linie um ein paar Millionen für dieses und ein paar Millionen für jenes Projekt geht. Haushaltsfragen sind Klassenfragen. Der Kernpunkt des Haushalts jeder Regierung in einem kapitalistischen Staat ist die Finanzierung des bürgerlichen Machtapparates. Ein „Ja" zum Haushalt ist ein „Ja" zur bürgerlichen Macht.

Dadurch, daß die Grünen die Wahl des Ministerpräsidenten in Hessen zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht haben, haben sie Holger Börner das Mittel in die Hand gegeben, das er zur politischen Erpressung der Grünen brauchte: die ständige, massive Drohung mit der Großen Koalition und einer reaktionäreren Politik in Hessen (Börner: „sozialdemokratische Politik wird dann so nicht möglich sein") und der politischen Verantwortung der Grünen dafür. Eine Drohung, die um so stärker wirkte, weil nicht nur Börner, sondern auch die grüne Verhandlungskommission wußte, daß die überwältigende Mehrheit der Grün-Wähler in Hessen (nach den letzten Umfragen 90 Prozent) ein Zusammengehen der Grünen mit der SPD will.

Natürlich hätten die Grünen in Hessen die Verhandlungen scheitern lassen können, wie es ihnen der Bundesvorstand der Grünen und auch die linken und alternativen Kritiker nachträglich empfohlen haben. Aber um welchen Preis? Nur um den Preis, daß sie vor ihren Wählern den schwarzen Peter für eine eventuelle Große Koalition in Hessen in der Tasche gehabt hätten. Ein Preis, den die sogenannten Realpolitiker bei den Grünen aus verständlichen Gründen nicht zahlen wollten.

Spott oder auch Kritik nur an der Verhandlungsführung der Grünen in Hessen oder nur an dem Verhandlungsergebnis in Hessen greift also zu kurz. Der Widerspruch zwischen den 30000 Mitgliedern der Grünen und den zwei Millionen Wählern, auf den sich Gerd Bastian bundesweit beruft, besteht. Er besteht zwar nicht als genereller Widerspruch zwischen der Mitgliedschaft und der Wählerschaft der Grünen. Denn zwischen Bastian, Schily oder auch Kerschgen und dem Teil der Wähler, die die Grünen als eine Art neue FDP gewählt haben, besteht durchaus Übereinstimmung. Er besteht aber zwischen dem Teil der Mitgliedschaft (und der Anhängerschaft) der Grünen, die linke Politik im Sinne von antikapitalistischer Politik wollen, und der Mehrheit der Wählerschaft. Der Wählerschaft kann man das schlechterdings nicht vorwerfen. Sie hat Willy Brandts Wort von der „Mehrheit links von der CDU", das nach dem Sturz der sozialliberalen Koalition in Bonn so viel Furore machte, so verstanden, wie es gemeint war. Es waren die Linken und Alternativen, die Willy Brandts Wort damals partout — im Sinne einer „linken Mehrheit" mißverstehen wollten, weil sie hier die Chance für schnelle parlamentarische Erfolge sahen — obwohl (oder vielleicht gerade weil) sie wußten, daß es für eine linke antikapitalistische Politik gegenwärtig die für den Sprung ins Parlament nötigen 5 Prozent, ganz zu schweigen von parlamentarischen Mehrheiten, nicht gibt.

Das eigentliche Problem liegt deshalb nicht auf der Ebene, **wie** die Grünen mit der SPD verhandeln können oder sollen. Das eigentliche Problem liegt vielmehr auf der Ebene, wie man meint, im Kapitalismus Politik im Interesse der Werktätigen, Politik gegen das Kapital und die Reaktion machen zu können, was ja ein Anliegen vieler Kritiker (wenn auch nicht aller) der Verhandlungen in Hessen ist: In der Hauptsache durch parlamentarische Vereinbarungen, Kompromisse usw. oder in der Hauptsache durch die Entfaltung des Klassenkampfes, von Massenbewegungen. Wenn man sich für den parlamentarischen Weg entscheidet, dann reduziert sich der Unterschied zwischen denen, die das als „Realpolitiker" tun und denen, die das aus maßloser Überschätzung der parlamentarischen Möglichkeiten im Allgemeinen und der Einflußnahme auf die SPD im besonderen tun, letztlich darauf, wie nüchtern man die politischen Realitäten einschätzt und wieviel Skrupel man hat, aus ihnen politisches Kapital zu schlagen (für die Partei und für sich selbst).

Es wäre schön, und die Verhandlungen der Grünen mit der SPD in Hessen hätten schließlich doch noch ihr Gutes gehabt, wenn diejenigen Linken, die seit Jahr und Tag jeden Versuch, einen Zusammenschluß der im antikapitalistischen Sinne linken Kräfte bei Wahlen zu erreichen, sabotieren mit dem Hinweis auf das Überspringen der 5-Prozent-Klausel als Wert an sich und die daraus folgende Notwendigkeit, Grün zu wählen, ihre Position überdenken würden. Denn Hessen war bzw. ist kein Betriebsunfall.

Bereits nach dem bundesweiten Treffen Alternativer Listen vor den vorgezogenen Bundestagswahlen '83, wo es darum ging, wie sich die Alternativen bei den Wahlen verhalten würden und alle für die kritische Unterstützung der offenen Listen der Grünen eintraten, schrieben wir im Roten Morgen: „Die Illusion, der sich so viele hingeben, liegt einfach in der Hoffnung, eine kleine grüne Parlamentsfraktion könne die SPD tatsächlich nach links ziehen, weil die SPD ja möglicherweise auf die grünen Stimmen im Bundestag angewiesen sei. Schon Hamburg hat gezeigt, daß das so nicht funktioniert. Zweierlei wird bei dieser Milchmädchenrechnung übersehen. Erstens wird übersehen, daß die SPD aufgrund ihrer Einbindung in das System der bürgerlichen Machtausübung nur über einen gewissen Spielraum bei der Festlegung ihrer Politik verfügt. Zweitens wird übersehen, daß ja nicht nur die Grün-Alternativen Druck auf die SPD ausüben können, sondern daß umgekehrt bereits heute die SPD ein viel größeres Druckmittel gegenüber den Grün-Alternativen in der Hand hat: Die SPD stellt die Grün-Alternativen faktisch vor die Entscheidung, entweder die Rolle eines Mehrheitsbeschaffers für die mit einigen kosmetischen Korrekturen versehene bürgerliche SPD-Politik zu spielen oder sich dem Vorwurf auszusetzen, eine SPD-Regierung verhindert und eine CDU-Regierung ermöglicht zu haben. Die SPD-Führer wissen natürlich, daß letzteres den Grün-Alternativen der Großteil ihrer Wähler nicht verzeihen würde. Schon heute ist sichtbar, daß dieser Druck bei den Grünen jene Kräfte stärkt, die den linken Ballast abwerfen wollen, um sich möglichst schnell zu einer regierungsfähigen Koalitionspartei zu mausern.

In dieses Dilemma kommt man zwangsläufig, wenn man den Einzug ins Parlament zum eigentlichen politischen Ziel erhebt, anstatt politisch möglichst konkret zu bestimmen, wie eine parlamentarische Tätigkeit zur Entfaltung des Klassenkampfes, des außerparlamentarischen Massenkampfes beitragen kann." Dem ist heute — eineinhalb Jahre später — nichts hinzuzufügen.

Lehrergenossinnen und -genossen



Wir suchen Mitarbeiter

Die Wendepolitiker in Bonn haben, wie ihr wißt, den Bildungsbereich als eines ihrer besonderen Steckenpferde erkoren — dies verdeutlichten nicht nur die vielfältigen Maßnahmen des letzten Jahres, sondern auch ihre bei jeder Gelegenheit ausgewalzten Stellungnahmen.

Dem liegt eine gesamte ideologische und politische Bildungskonzeption zugrunde, die reaktionärsten Zielen des Kapitals entspricht, und nach denen nun stückweise der Bildungsbereich „rereformiert" werden soll.

Wir meinen, daß es eigentlich schon längst überfällig, angesichts des Veränderungsprozesses, den die Wende in Bonn eingeleitet hat, nun wirklich höchste Zeit wird, von der KPD aus unsere demokratischen Bildungsvorstellungen zu verdeutlichen.

Als ersten Schritt wollen wir eine bildungspolitische Erklärung, gemeinsam mit den Kommunistischen Studenten und der KJD erarbeiten.

Wir suchen deshalb dringend interessierte Genossinnen und Genossen, die im Rahmen einer kleinen AG daran mitarbeiten.

Interessierte melden sich bitte bis Ende Februar bei: KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, (oder über den internen Parteiweg).

35er Spende!

Aber ja: Spenden für die 35-Stunden-Woche, bzw. den Kampf darum. Daß die Partei hier viel vor hat, weiß jeder, der den Roten Morgen schon mal gelesen hat, daß dies bereits begonnen hat, ebenfalls. Doch daß das auch besonders Geld kostet, überlegt man nicht so ohne weiteres. Deshalb dieser Anstoß! Es ist nicht nur, daß die KPD zu diesem so wichtigen Kampf besonders viel machen will und macht, es ist auch so, daß sie dazu durchaus Eigenes zu sagen hat, was wichtig ist, daß es unter „die Leute" kommt, seien es Flugblätter, Plakate, Veranstaltungen oder besondere Aktionen. Für diese Sache brauchen wir auch deine Spende unter dem Stichwort „35" auf Konto-Nummer: 6420-467, (Bankleitzahl 440 100 46), Postscheckamt Dortmund, KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Volkskorrespondenz aus Hamburg

Das Arbeitsamt hilft Ihnen weiter — auf die Straße!

Als Arbeitsloser muß man sich ab und zu beim Arbeitsamt, dem Arbeitsvermittler, melden. Arbeit zum Vermitteln gibt's zwar keine, man war da, und das wird bürokratisch abgehakt.

Mitunter aber gibt es überraschende Einblicke in die segensreiche Tätigkeit dieses Amtes. Wie im Januar geschehen im hier berichteten Fall. Während ich warte, bis der Sachbearbeiter meine Akte gefunden hat, dringt durch die offene Tür vom Nebenraum folgendes Telefongespräch an mein Ohr: „Guten Tag, hier X, Arbeitsamt Hamburg. Ich hatte schon vor längerem von ihrer Personalabteilung eine Liste über die beantragten Entlassungen angefordert. Wir müssen genau wissen, welche Berufe und Nationalitäten entlassen werden sollen und ob Schwerbehinderte darunter sind. (Pause) Morgen haben wir Besprechung in Kiel (Sitz des Leiters des Arbeitsamtes Hamburg/Schleswig-Holstein, der Mithörer), wenn die Liste da nicht vorliegt, muß der Entlassungstermin verschoben werden. Den Schaden haben Sie dann, das heißt die Firma Blohm & Voss. Wir müssen einen Weg finden, daß ich die Listen morgen vorliegen habe." ...

Der Rest des Gesprächs ging unter, die eigene Akte war gefunden. „Tut mir leid, wir haben keine Arbeit für Sie. Die vielen Entlassungen gerade im Bereich der Metallverarbeitung sind unser Problem," erklärt mir mit betrübter Miene der Sachbearbeiter.

Wie recht er hat. Als einfacher Mensch denkt man, das Arbeitsamt müsse nur Arbeitslose betreuen und vermitteln. Dabei müssen sich die geplagten Mitarbeiter vom Amt auch noch selbst darum kümmern, daß der Nachschub an Arbeitslosen kräftig weiterrollt.

Und so verhindern diese von unseren Arbeitslosenbeiträgen bezahlten fleißigen Helfer, daß Blohm & Voss völlig in den Ruin gerät. Jetzt, wo Blohm & Voss und damit auch die Personalabteilung so viel Probleme haben mit Massenentlassungen, Rationalisierung und Umstellung, mit Kurzarbeit und Überstunden und das alles ordentlich nach außen hin verbuchen — da kann es schon mal kleine Pannen geben. Man stelle sich den Schaden vor: Einige Kollegen bekommen ein paar Wochen länger Lohn aus der Firmenkasse (oder müssen nur als Kurzarbeiter von der Firma versichert werden) und haben später etwas länger Anspruch auf Arbeitslosengeld — statt gleich voll vom Arbeitsamt Stütze zu kriegen. Da muß man doch eingreifen!

Denk dran, Kollege, der Du dies jetzt liest. Vielleicht bist Du einer derjenigen, der nun „rechtzeitig" beim Arbeitsamt Zimmer 21 anstehen wird, um mitgeteilt zu bekommen: „Tut uns leid, im Moment können wir nichts für sie tun."

J. aus Hamburg

Volkskorrespondenz aus Niedersachsen

56 % Arbeitslosenhilfe — für wen?

Lug und Trug ist es, was die bürgerlichen Zeitungen über die Bonner Kürzung der Arbeitslosenhilfe in die Welt setzen. Da wird den Lesern erzählt, die Arbeitslosenhilfe, das seien jetzt 56 Prozent vom letzten Nettolohn (für Arbeitslose ohne Kinder). Die Wirklichkeit sieht anders aus: Die meisten Arbeitslosen, die Arbeitslosenhilfe beziehen, liegen unter dem Sozialhilfesatz.

Mein Beispiel: Meine Frau und ich sind arbeitslos, meine Frau erhält keine Leistung mehr vom Arbeitsamt. Ich erhielt als kaufmännischer Angestellter ein Jahr lang noch gute 1500 DM, (68 Prozent), Arbeitslosenunterstützung. Nun dachte ich, ich würde ab 1. Januar dann 56 Prozent erhalten. Ich rechnete so: Bisher 68 Prozent = 1500 DM. Davon 12 Prozent ab 1. Januar weniger = 180 DM, also erhältst du noch 1320 DM. Was bekommen ich aber nach der Bonner Kürzung tatsächlich? Ganze 669,76 DM.



Wie rechnen die Arbeitsämter? Der Sachbearbeiter auf dem Arbeitsamt las mir den entsprechenden Satz vor:

„Die Änderung des Arbeitsentgelts beruht auf der ab 1. 1. 1984 geltenden Fassung des § 136 AFG. Hiernach ist bei der Berechnung der Arbeitslosenhilfe ab 1. 1. 1984 folgendes Arbeitsentgelt zugrunde zu legen:

• bei Arbeitslosen, die nach § 168 Abs. 3a AFG beitragspflichtig waren, weil sie Arbeitsentgelt oder Ausbildungsbeihilfe nach §§ 43, 44, 176, 177 StVollZG erhalten haben, das Arbeitsentgelt derjenigen Beschäftigung, für die sie künftig in Betracht kommen." „... **derjenigen Beschäftigung, für die sie künftig in Betracht kommen.**" — Das ist der Trick.

Ich war als Expedient nicht mehr „vermittelbar". 51 Jahre alt und ein Jahr arbeitslos, da sei eine Abstufung rechtens. Wo könne ich denn noch „künftig" beschäftigt werden? In der Registratur? Die Abstufung erfolgte nach den geringsten Tarifen: Ca. 1800 DM brutto, minus Abzüge = netto 1196 DM, davon dann 56 Prozent = 669,76 DM Arbeitslosenhilfe monatlich. Das ist die bundesdeutsche Wirklichkeit.

Für wen, so frage ich mich, sind denn eigentlich die 56 Prozent vom letzten Nettolohn gedacht? Es kommt doch keiner dafür in Frage? Oder muß man Beziehungen zum Arbeitsamt „gut pflegen", wie kürzlich in Hannover? Da mußte ein ausländischer Kollege für die Verlängerung seiner Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis dem Sachbearbeiter 8000 DM auf den Tisch blättern. Hätte ich dem Mann vom Arbeitsamt einen Schinken mitbringen sollen? Oder eine Kiste Wein? — Das Arbeitsamt ist es nämlich, das diesen Satz nach Gutdünken festsetzt.

I. B.

Volkskorrespondenz aus Niedersachsen

Was soll werden?

Ich bin 24 Jahre alt. Ich habe den Bund hinter mir und jetzt meine Gesellenprüfung als Elektriker gut bestanden. Mein Meister — ich arbeite in einem kleinen Elektro-Geschäft in der Nähe von Celle — teilte mir mit, daß er mich nur bis August behalten kann.

Im Dezember wollten meine Freundin und ich heiraten. Meine Freundin ist Friseurlehrling und hat im Dezember ausgelernt. Nun ist alles im Arsch. Auch sie wird nicht übernommen. In den Dörfern und in den Kleinstädten hier kriegen wir keine Arbeit mehr. Wie sollen wir da jemals eine Familie gründen?

A. G.

Volkskorrespondenz aus Niedersachsen

Immer mehr Zwangsversteigerungen

Manch einer, der sein Leben lang mühselig auf ein Häuschen oder eine Eigentumswohnung gespart hat und dafür alle Entbehrungen auf sich nahm, sieht sich jetzt bitter enttäuscht. Die steigende Arbeitslosigkeit und die hohen Zinsen führen immer mehr zu Zwangsversteigerungen und viele Familien in den Ruin.

In unserem Bezirk haben jetzt zwei Amtsgerichte die Zahlen bekanntgegeben: Danach kam es beim Amtsgericht Wolfsburg 1983 zu 92 Zwangsversteigerungen, im Jahr 1981 waren es noch 68. Im Kreis Gifhorn kamen 1983 sogar 224 Eigenheime unter den Hammer. 1979 waren es hier 83. Ganze Familien werden dadurch zerstört, ins Leid und ins Elend gestürzt. Von den Versteigerungen profitieren hauptsächlich die Banken, für die Familie bleibt oft kein roter Heller.

Wer behauptet da noch, es gäbe keine absolute Verlelendung im Kapitalismus?

H. L.



Volkskorrespondenz aus Krefeld

Manöverkritik

Der vorliegende Bericht über Aktionen gegen das NATO-Manöver Atlantic Lion erscheint zwar aus Gründen der Arbeitsüberlastung etwas spät, ist aber, so hoffen wir, immer noch aktuell.

Am Samstag, den 17.9.83 sollten gerüchteweise die letzten Amis der Big-Lift-Aktion in Düsseldorf landen und im US-Depot Mönchengladbach-Holt (Depot der schnellen Eingreiftruppen) ausgerüstet werden. Dort wollten wir eine Blockade machen. Wir hatten Flugblätter vorbereitet und trafen uns mit ca. 50—60 Leuten am Theater in Mönchengladbach. Während wir auf Nachricht von unseren Beobachtungsposten in Lohausen und Holt warteten, verteilten wir die Flugblätter über den Manöverterror („Krieg im Frieden") an die Passanten.

Als gegen 12.00 Uhr noch keine Nachricht da war, fuhren zwei Leute zum Depot, das wie ausgestorben war. Später erfuhren wir, daß an dem Tag tatsächlich die letzte Gruppe angekommen war. Allerdings schon gegen 6.00 Uhr morgens, etwas zu früh für uns. Nachdem alle Flugblätter verteilt waren, beschlossen wir — etwas frustriert — die Aktion zu beenden. Einige der beteiligten Krefelder trafen sich anschließend, um weiter zu überlegen, wie man das Manöver stören kann. Am Tage vorher hatte die Lokalpresse berichtet, daß auf der ehemaligen Krefelder Müllkippe für die Dauer des Manövers eine US-Radarstation stationiert worden ist. Kurzerhand beschlossen wir, dort eine Besichtigung vorzunehmen. Obwohl das Gebiet abgesperrt und mit Schildern versehen war, die dem unbefugten Eindringling Festnahmen und ähnliche nette Sachen ankündigten, konnten wir mit 12 Leuten ungehindert die ganze Anlage inspizieren. Ein Soldat erzählte uns vertrauensvoll, daß die Station zwei Wochen dort bleiben würde.

Wieder zu Hause überlegten wir, was man gegen US-Radaranlagen machen kann. Die Idee kam auf, Ballons und Drachen mit Metallfolie zu verzieren und damit das Radar zu stören. Aber da wir zum einen nicht wußten, ob das bei den heutigen Anlagen noch funktioniert, zum anderen die Geschäfte bereits geschlossen hatten, beschlossen wir, die weitere Planung dafür zu verschieben. Doch damit war unser Tatendrang noch nicht erschöpft. Wir schickten zwei Kundschafter in die Venloer Heide. Dort sollte sich laut Presseberichten die 1. US Cavalry Division gesammelt haben, nachdem sie in Mönchengladbach ausgerüstet worden war (u. a. mit Panzern). Abends trafen wir uns wieder alle und die Kundschafter berichteten. In der Venloer Heide hatten sie zwar keine US-Soldaten mehr angetroffen, dafür aber Arbeiter einer Firma aus Bitburg, die dort weitere Mannschaftszelte aufbauten. Die beiden halfen ihnen etwas und erfuhren dabei folgendes: Ca. 1500 Amis waren dagewesen und vor zwei Tagen ins Manövergebiet abgezogen. Zurück ließen sie einige Verwüstungen, u. a. Schneisen, die sie für die Panzer in den Wald geschlagen hatten. Vier Tage später sollten 4000 US-Soldaten dort ankommen, um dort vier Wochen lang Krieg zu spielen. (Die Venloer Heide ist ein 2 × 4 km großes Erholungsgebiet an der holländischen Grenze. Ihr könnt euch wahrscheinlich vorstellen, wie es hinterher dort aussah.) Da wir jetzt immer noch keinen konkreten Anhaltspunkt für eine Aktion hatten, beschlossen wir, einfach ins Manövergebiet zu fahren und dort die Schilder unkenntlich zu machen, die vor jeder Straßenbrükke stehen und die Höchstbelastbarkeit angeben (oft ausdrücklich für Panzer).

Also vier Gruppen gebildet, jede übernahm eine der vier Bundesstraßen, die durch den nördlichen linken Niederrhein führen (B9, B57, B58, B60), Spraydosen besorgt und los ging's. Vorsorglich nahmen wir noch Zangen mit, um die Orientierungsschilder für das Manöver zu entfernen, falls wir welche finden sollten. Und die fanden wir dann auch, und zwar den ganzen linken Niederreihn voll. Kurze Erklärung: im Rahmen des Atlantic-Lion-Manövers wurde eine Rheinüberquerung in großem Stil geprobt. Die dabei beteiligten Soldaten (vor allem Amis) kamen zum Teil aus Holland, wo sie an kleineren Vormanövern beteiligt waren, und eben von der Venloer Heide. So war der ganze nördliche linke Niederrhein Durchmarschgebiet, und das Gebiet zwischen Wesel und Kleve Aufmarschgebiet, wo sich die beteiligten Truppen nach und nach sammelten, die dann von Montag bis Donnerstag übergesetzt wurden.

In dieser Nacht säuberten wir die B9 und die B58 fast vollständig. Die Beute waren ca. 35 Schilder. Aber wie gesagt, alles war voll davon. Nach Beendigung der Aktion trafen wir uns wieder und beschlossen in der folgenden Dienstagnacht eine großangelegte Säuberung des ganzen Gebietes durchzuführen. Sonntag abend fuhren wir nochmal ins Manövergebiet, um festzustellen, ob aufgrund unserer Aktion die Polizeistreifen verstärkt worden waren, aber es war alles ruhig.

Für Dienstagabend hatten wir das Gebiet in 10 Planquadrate eingeteilt und es kamen auch 21 Leute, genug um 10 Gruppen zu bilden. Ausgerüstet mit Plan, Zange und Handschuhen fuhren wir los. Allerdings mußten wir feststellen, daß es in dieser Nacht nicht mehr so ruhig war — im Gegenteil, es wimmelte von Bullen, incl. Zivis aus Krefeld(?).

Fast alle von uns wurden im Laufe der Aktion verfolgt, angehalten und überprüft, ein Wagen wurde durchsucht — aber erwischt wurde keiner. In dieser Nacht säuberten wir das Gebiet fast vollständig — bis auf einen Streifen entlang des Rheins, wo das Übersetzmanöver stattfand. Dieser Streifen war für den zivilen Verkehr gesperrt worden und war vollgestopft mit Militär, Polizei und natürlich Schildern. Aber selbst hier wurden einige von uns tätig... Insgesamt erbeuteten wir in dieser Nacht über 200 Schilder. Vorher war bei einigen von uns die Frage aufgetaucht, wie effektiv eine solche Aktion sein kann. Die Antwort fanden wir Dienstagnacht: an einigen Stellen, wo wir Samstag Schilder entfernt hatten, waren sie durch gemalte Pfeile an Bäumen u. ä. ersetzt worden. Offensichtlich störte unsere Aktion und offensichtlich hatten sie keine Ersatzschilder.

Eine weitere Variante, die wir uns überlegt hatten, ist das Umhängen der Schilder. Allerdings ist dies zeitaufwendiger, bedarf einer guten Vorbereitung und ist riskanter, weil man die Schilder länger im Wagen transportieren muß (bei unserer Aktion haben wir die Schilder in den Wagen getan und dann ins nächste Gebüsch, Waldstück usw. geworfen). Mit der Umhängaktion kann man die Militärfahrzeuge dann zur nächstgelegenen Schrottpresse, Müllkippe o. ä. führen. Was noch effektiv sein kann, ist das Austauschen von Ortsschildern usw. Der Fantasie sind hier kaum Grenzen gesetzt.

Jahrestag am 1. Februar

Iran — fünf Jahre nach dem Sturz des Schah

Vor fünf Jahren, am 1. Februar 1979, wurde der Schah des Iran, der Diktator Reza Pahlewi, gestürzt. Wer damals die politische Entwicklung verfolgte, war beeindruckt von den gewaltigen Demonstrationen in Teheran, vom mutigen Kampf breitester Teile der Bevölkerung gegen diese NATO-gestützte Diktatur. An den Sieg der iranischen Revolution banden sich große Hoffnungen für den weiteren antiimperialistischen Kampf der Völker aller Kontinente. Heute, fünf Jahre später, ist davon keine Rede mehr. Wie ist diese Entwicklung zu beurteilen, welche Wendepunkte waren zu verzeichnen? Oder war alles vom Beginn an so abzusehen?

Natürlich ist es eine Tatsache, die unterstrichen werden muß, daß es in Westdeutschland von jeher recht schwierig war, zu echten Beurteilungen der Lage im Iran zu kommen — dazu waren die verschiedensten Darstellungen der oppositionellen Gruppierungen zu unterschiedlich, zu subjektiv von ihren jeweiligen Interessen geprägt. Trotzdem aber lassen sich, von der internationalen Auswirkung her und den großen Zügen der inneren Entwicklung einige grundlegende Punkte ausmachen.

Es bleibt festzuhalten, daß der Sturz des Schah eine große Niederlage für den US-Imperialismus in erster Linie, aber auch für die verschiedenen westeuropäischen Imperialisten und hier wiederum vor allem für die westdeutschen Imperialisten war. Der Mittelöstliche Militärblock wurde aufgelöst, eine Reihe imperialistische Verträge aufgekündigt, die Verfügung über die iranischen Ölquellen, (die trotz der „Nationalisierung" bestanden hatte), abgeschafft. Der Sturz des Schah, das zeigte sich in den folgenden Monaten, veränderte die politische Atmosphäre nicht nur am Golf, sondern im ganzen Nahen Osten. Diese Niederlage, auch dies sollte festgehalten werden, hat der Imperialismus bis heute nicht verdaut, keineswegs wieder „wettgemacht", wie manche These lautete, auch wenn es deutliche Tendenzen in diese Richtung gibt. (So zum Beispiel wachsende „Geschäfte" des BRD-Kapitals). Der Sieg der iranischen Revolution hat den Imperialismus geschwächt, dies ist eine zweifelsfreie Tatsache.

Zweitens ist ebenso festzuhalten, daß der Sieg dieser Revolution eben nicht einen „Lagerwechsel" bedeutete, sondern daß es auch dem sowjetischen Sozialimperialismus, der so weit ging, die Verfolgung der Tudeh-Partei hinzunehmen ohne ein Wort der Kritik, (dies hat sich erst in letzter Zeit geändert), nicht gelang, sich dort entscheidenden Einfluß zu verschaffen. Auch dies ist, auf internationaler Ebene betrachtet, ein wichtiger positiver Punkt dieser Revolution gewesen.

Schließlich muß man auch unterstreichen, daß die Tatsache steht, daß auch nach dem siegreichen Aufstand gegen die Schah-Diktatur, nach dessen Sturz, der Hauptfeind dieser Revolution der USA-Imperialismus war und blieb, was sich ja auch sehr deutlich an den militärischen Abenteuern, die organisiert wurden, zeigte. Ebenfalls zurückweisen muß man in diesem Zusammenhang die These, daß die iranische Regierung den Krieg mit dem Irak nur deswegen angefangen habe, um eine innere Stabilisierung zu erreichen. Wer die konkrete Vorgeschichte dieses nun schon Jahre währenden „Golfkrieges" betrachtet, muß eingestehen, daß der Imperialismus den Irak zum Krieg gedrängt und gerüstet hat.

Diese Beurteilungen sind — zunächst einmal — unabhängig von der inneren Entwicklung im Lande zu treffen. Die Reihe von politischen Strömungen bzw. ihren Vertretern, die eigentlich eher oder eindeutig zum reaktionären Lager gehören, aber durch die objektive Entwicklung in Gegensatz zum Imperialismus gerieten, ist ja recht lang. Vom vielzitierten Emir von Afghanistan weit im Osten reicht diese Liste bis zum Sultan Sidi Mohammed in Marokko gerade in der islamisch geprägten Welt sehr weit.

Was die innere Entwicklung betrifft, die notwendigerweise auf Dauer auch ihre Auswirkung auf die internationale Rolle des Iran hat und hatte, so war sie zunächst einmal kompliziert.

Mit Sicherheit wird es eine solche komplizierte Lage immer dann geben, wenn sich am Kampf gegen den Imperialismus auch Kräfte beteiligen, die reaktionär sind.



Man erinnere sich dazu beispielsweise an die Geschichte des Kampfes um die Unabhängigekit Ägyptens, an dem sich auch die Moslembruderschaften beteiligten, die nachher zu einem wichtigen Feind der progressiven Kräfte im Lande wurden. Ähnliche Beispiele gibt es, gerade aus solchen Ländern und Regionen, in denen der Islam stark ist, noch eine ganze Reihe.

Tatsache ist nun, daß die programmatischen Verfechter einer islamischen Republik von ihrer gesamten Konzeption her naturnotwendig mit den bestehenden demokratischen Bestrebungen in Konflikt kommen mußten. Heute, wo diese Vorstellungen in einer sehr weitgehenden Weise verwirklicht sind, ist dies sehr klar, denn die Zustände im Iran sind ja nun offensichtlich von Unterdrückung und Knebelung gekennzeichnet.

Daß diese reaktionären Kräfte sich durchsetzen konnten, hat im wesentlichen den Grund, daß sie erstens eine relativ breite soziale Basis hatten, die sich gegen alle Linke wenden wollte und entsprechende Maßnahmen billigte. Als zweiter Grund muß gelten, daß sie auch relativ gut organisiert waren, nicht zuletzt über die Geistlichkeit, und auch dadurch rasch den Zugang zu den Gewaltmitteln des Staatsapparates hatten, der ja an vielen Punkten nicht zerschlagen sondern übernommen wurde.

Und schließlich hatten sie unter anderem, aber ganz entscheidend, einfach auch die — im wahrsten Sinne des Wortes — stärkeren Bataillone als andere im Lager der siegreichen Revolution konkurrierende Kräfte. Stärkere Bataillone, das heißt, sie hatten die meisten Menschen unter Waffen. Das war die Grundlage dafür, eine nach der anderen konkurrierende bürgerliche Kräfte aus der Machtbeteiligung zu drängen. Und die Linke immer massiver zu unterdrücken.

Dabei gab es aber auch auf der Linken, die sich — im Unterschied zu den Revisionisten — zur Wehr setzte, eine Reihe von Fehlern, die diese Entwicklung begünstigten.

Als erstes zu verzeichnen ist dabei die offenkundige Unterschätzung in weiten Teilen der linken Opposition gegenüber dem Einfluß der Ayatollahs, Khomeynis natürlich vor allem. Dies wird ergänzt durch eine schon abenteuerliche Überschätzung des eigenen Einflusses, die sich auch in den Bekundungen Bani-Sadres in seinem Pariser Exil immer wieder fanden, der stets behauptete, bis zum Sturz Khomeynis könne es nur noch eine kurze Zeitspanne dauern. (Solche Darstellungen könnte man noch zahlreiche anführen, die allesamt von einer offensichtlich falschen Einschätzung der Kräfteverhältnisse durchdrungen sind — und zwar von Beginn an).

Als zweites bleibt festzuhalten, daß es — zumindest von außen — eine ungenügende Berücksichtigung der Fraktionskämpfe zwischen den verschiedenen bürgerlichen Strömungen in der folgenden Revolutionsregierung gab, die es aber auch im Inneren des Landes zu verzeichnen gab. Was sich daran festmachen läßt, daß es eine Unterstützung für einen Vertreter anderer Richtungen als der islamischen Fundamentalisten in der Regel erst dann gab, wenn dieser bereits aus der Regierung usw. hinausgedrängt war. Eine Haltung, die zumindest zu Beginn eindeutig mit der falschen politischen Festlegung begründet wurde, die iranische Regierung sei nun der Hauptfeind des Volkes, was von verschiedenen Organisationen sofort nach dem Sturz des Schah gesagt wurde und ins Abseits führte.

Sicher wäre es von entscheidender Bedeutung gewesen, auf der Grundlage einer konkreten Einschätzung der Lage und der Kräfteverhältnisse von Seiten der revolutionären Linken eine solche Einheitsfrontpolitik zu entwickeln, die die fortschrittlichen Kreise unter den islamischen Kräften — und das waren eben die, die zumindestens in Ansätzen politische und soziale Reformen vertraten, die auch begonnen wurden — zu stützen, einzubinden. Aus einer solchen Position des Kampfes gegen den Imperialismus heraus wäre denn auch eine Kritik an der Politik Khomeynis wesentlich erfolgversprechender gewesen, als den Kampf mit Bomben und Granaten zu führen.

Denn daß eine solche Kritik, ein Kampf dagegen nottat, das war relativ rasch zu sehen, mit den ersten Unterdrückungsmaßnahmen, die schon im Jahre 1979 begannen. Von einer objektiv gesehen aber relativ isolierten Position heraus läßt er sich nun schon gar nicht erfolgreich führen. Erst ein solches falsches Herangehen an die Rolle der Revolutionsregierung führte zu dem Widerspruch in vielen Debatten, wo dann die internationale Rolle des Regimes auf der einen Seite angeführt wurde, andererseits seine zunehmend reaktonäre Rolle nach innen dagegengestellt.

Eine — zumindest potentiell — wirksame Kritik an dieser Regierung konnte aber nicht vom Standpunkt der Gegnerschaft zur eigentlichen Revolution, sondern nur von der Forderung her sie zu stärken, sie weiterzuentwickeln, geschehen. Natürlich ist da die Position der verschiedenen linken Organisationen unterschiedlich gewesen, und selbstverständlich auch handelte es sich nicht um eine direkte, offene Gegnerschaft zur Revolution, wohl aber um solche Urteile, wie es wäre ja schlimmer als zuvor, was genau diesen Effekt hat, den Eindruck einer solchen Beurteilung hervorzurufen.

Das waren die Bedingungen, unter denen sich zunehmend die Macht der reaktionärsten Kreise unter jenen, die die Revolution mitgetragen hatten, stabilisieren konnte. Und heute nach wie vor relativ stabil ist.

Natürlich heißt diese hier geäußerte Kritik nicht, daß man die Opposition hauptsächlich für den Gang der Dinge verantwortlich macht. Aber in Kenntnis der Tatsache, daß eine reaktionäre Strömung in einer antiimperialistischen Revolution entscheidenden Einfluß besitzt, spielt die Frage, welche Haltung, welche Handlungen dazu die — im weitesten Sinne verstandene — Linke einnimmt und unternimmt eine wesentliche Rolle für die Entwicklung, solange sie nicht völlig einflußlos ist, was so nicht der Fall war.

Und in der Tat zeigt sich ja auch, daß die Politik, die die heutige Teheraner Regierung verfolgt, gerade dazu führt, daß imperialistische Einflüsse im Iran sich allmählich wieder ausdehnen können. Das macht die Wirkung der Februarrevolution von 1979 nicht einfach zunichte — einmal, weil der Prozeß noch nicht so weit gediehen ist, zum anderen weil die siegreiche Revolution als Tatsache bestehen bleibt, die immer, wie sich die weiteren Beziehungen auch gestalten mögen, ihren Einfluß haben wird. Und im arabischen Raum diesen Einfluß, der sich heute faktisch nach wie vor gegen den USA-Imperialismus richtet, auch hat.

So betrachtet erscheint es als äußerst unwahrscheinlich, daß eine erneute Veränderung im Iran, eine „Trendwende" sozusagen, sich anders erreichen läßt, als durch den Kampf um die — wiederum ausdrücklich im weitesten Sine verstanden (da es uns von hier aus weder möglich erscheint, noch zukommt, konkretere Aussagen zu machen) — Fortsetzung der antiimperialistischen Revolution, Fortsetzung auf sowohl politischem als auch wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Und bei diesem Kampf ist heute die iranische Regierung der Feind, den es zu besiegen gilt. Denn die Knebelung des Landes ist auch eine äußerst günstige Bedingung dafür, daß der Imperialismus die Möglichkeit hat, wieder einzufallen und sei es als „Befreier".

Marokko nach den Unruhen

Hassan droht erneut

Auch Hassan II hat, wie sein Freund Bourgiba kurz vor ihm, die Brotpreiserhöhung rückgängig gemacht. Im Gegensatz zu Bourgibas Ansprache aber, die voller Demagogie gewesen war, war die Hassans voller Drohungen. Khomeinyisten, Gaddafi-Agenten und marxistisch-leninistische Agitatoren seien für die aufstandsähnlichen Proteste verantwortlich und sie würden jetzt zur Verantwortung gezogen.

Er drohte, man habe ihn ja schon kennengelernt — und meinte damit als blutigen Tyrann, als Schlächter der sechziger Jahre, als Befehlshaber der blutigen Armeeeinsätze zu Beginn der achtziger Jahre in Casablanca. Und stets waren diese Rachefeldzüge des Königs gegen das Volk von solchen Schuldzuweisungen eingeleitet worden.

Der marokkanische Norden, Zentrum der jüngsten Proteste, ist von jeher eine besonders benachteiligte Region, seit der Zeit, als sie aus dem Status einer spanischen Kolonie freikam. Und eine Region, die in jeder Beziehung immer am stärksten für die Politik, wie sie im Palast entworfen wurde, bluten mußte — und sei es als Soldat in der Westsahara.

Von daher ist es nicht unwahrscheinlich, daß Hassans starke Worte zumindest vorbeugend auch seiner eigenen Armee galten, die er immer wieder, und sei es durch Meuchelmord wie im letzten Jahr, säubern ließ.

Die Wahrscheinlichkeit jedenfalls, daß nun wieder Ruhe in Marokko einkehren wird, und sei es auch nur Hassans Friedhofsruhe, ist relativ gering, denn der Sprengsatz Sahara-Krieg wirkt weiter.

Werden die Junta-Verbrechen wirklich aufgeklärt?

Argentinische Kommissionsmitglieder befangen?

Eines der wichtigsten Wahlversprechen des neuen argentinischen Staatspräsidenten Alfonsin war es, die zahllosen Verbrechen unter der Militärjunta aufzuklären, die unter dem Begriff „die Verschwundenen" zusammengefaßt werden, und die Täter zu bestrafen.

Und in der Tat gibt es einige wichtige Schritte in dieser Richtung. Die Reorganisierung der Armeeführung war im konkreten Fall sicher ein solcher Schritt — eine durchgehende Beseitigung dieser Form militärischer Organisation, die diesem Land so viel Unglück bescherte war von dieser Regierung nicht zu erwarten gewesen und auch nicht versprochen worden. Die Verfolgung einzelner prominenter Angehöriger der früheren Junta war ein weiterer solcher Schritt, der natürlich auch demonstrativen Charakter trug.

Aber Kritik gab es dennoch von Beginn an, vor allem an der Frage, wer denn über die abgehalfterten Diktatoren zu Gericht sitzen solle, ob dies denn ausgerechnet Militärrichter sein sollten, die sich keinesfalls aus dem Verdacht der Kumpanei befreien konnten.

Nun kommt zu dieser Kritik aber noch eine weitere hinzu: denn jetzt wurden von entsprechenden Zeugen auch zivile Mitglieder der Untersuchungskommission, die den Gang der Dinge in der Hand halten soll, als befangen kritisiert, als Kenner der Verbrecher, die bewußt geschwiegen hätten.

Es wird in der Tat eine ganz entscheidende Frage sein, ob es wirklich eine Aufdeckung der Verbrechen, ob es daraus die nötigen Konsequenzen geben wird oder nicht. Und dafür ist selbstverständlich die Frage, wer Untersuchungen führt, mit ausschlaggebend.

Der Vatikan — Fluchthilfeorganisation für Faschisten

Nach fast 37 Jahren der Geheimhaltung gelangte jetzt ein Bericht an die Öffentlichkeit, der einmal mehr Licht in die finsteren Abgründe wirft, die sich hinter dem Glanz des Zentrums katholischer Prachtentfaltung verbergen: In den ersten Jahren nach dem Ende des zweiten Weltkrieges betätigte sich der Vatikan als Fluchthilfeorganisation für Nazi-Verbrecher, denen der Weg vor allem nach Südamerika freigemacht wurde.

„Geholfen wurde jedem, wenn er nur katholisch und antikommunistisch war." So faßte der US-Diplomat Vincent La Vista, der seinen diplomatischen Dienst 1949 beendete, die Erfahrungen zusammen, die er während seiner Tätigkeit in Rom mit den Praktiken des Kirchenstaates gemacht hatte. Sein Bericht, indem er diese Erfahrungen festhielt, lag im US-Außenministerium auf Eis und wurde erst am vergangenen Wochenende veröffentlicht.

Nachdem der liebe Gott den Untergang der Faschistenherrschaft in Deutschland und Italien nicht verhindern konnte, fühlte sich sein Stellvertreter auf Erden wohl berufen, wenigstens die überlebenden Gefolgsleute des „Führers" und des „Duce" vor dem Strang zu bewahren und ihnen neue Tätigkeitsbereiche zu erschließen ...

La Vista berichtet, daß der Vatikan Druck auf die lateinamerikanischen Länder ausgeübt habe, in denen die Kirche über einen entscheidenden oder dominierenden Einfluß verfüge. Daraufhin hätten die Botschaften dieser Länder in Europa die Einreise ehemaliger deutscher Nazis und italienischer Faschisten sowie Mitglieder anderer politischer Gruppen, die das obengenannte Kriterium erfüllten, nach Südamerika begünstigt. Die illegale Ausreisehilfe des Vatikan sei im Rahmen seiner Aktivitäten für die „Glaubensverbreitung" gewährt worden ...

Als „notorischen" Nazi-Fluchthelfer nannte La Vista einen Dr. Willi Dix, der „unter dem wohlwollenden Schutz des Vatikans" gehandelt habe. Neben Dix seien noch 22 Geistliche an den Operationen beteiligt gewesen.

La Vistas Aufzeichnungen aus Rom stützen eine 1975 von der italienischen Wochenzeitung „L'Espresso" veröffentlichte Meldung, der Vatikan habe auch Martin Bormann zur Flucht verholfen, und zwar über die „Organisation Hudal". Der Kardinal Alois Hudal hatte das zwar bestritten, erklärte aber immerhin, er habe einer Begegnung zwischen Bormann und Eva Peron, der damaligen argentinischen Staatschefin, teilgenommen. Das zuzugeben, erschien ihm offenbar ganz unverfänglich ...

Die Veröffentlichung der Aufzeichnungen La Vistas hat im Vatikan für einig Unruhe gesorgt. Man versucht zu dementieren, aber die Versuche sind reichlich schwach.

Der deutsche Geistliche Antonio Weber, ehemals Berater von Pius XII, versuchte glaubhaft zu machen, eine solche Hilfe sei zumindest nicht bewußt geschehen. Man habe „geholfen", ohne auf die Identität zu achten. Dies sei auch gar nicht möglich gewesen, denn damals habe man noch nicht von nationalsozialistischen „Verbrechern" gesprochen. Sozusagen als Hilfsplädoyer verwies ein Jesuitenpater namens Graham — vom Vatikan mit der Aufgabe betraut, die Kirchendokumente aus der Zeit des zweiten Weltkriegs zu bearbeiten und zu veröffentlichen — auf die damalige Politik der USA, die schließlich auch keine deutschen Flüchtlinge an Ostblock-Länder ausliefern mochten, die dort als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden sollten. Das Material La Vistas nannte er „unbedeutend oder alt".

Unbedeutend mag ihm die ganze Angelegenheit vorkommen, das ist sicher eine Frage des Standpunkts; um „alt" für ein schlagendes Dokument gegen einen über 30 Jahre lang geheimgehaltenen Bericht zu halten, muß man um Argumente schon sehr verlegen sein.

Interessant ist die Veröffentlichung des Berichts sicher auch für diejenigen katholischen Priester, die in Lateinamerika tätig sind und tatsächlich versuchen, etwas für die arme und notleidende Bevölkerung zu tun. Die dortigen Regimes haben sich schließlich der Nazi-Spezialisten bei der Ausübung ihrer Herrschaft bedient und tun das heute noch.

Geben Sie Ihr Bestes!

Mit einem besonders ausgefallenen Präsent überraschte die Geschäftsleitung des amerikanischen Multis Honeywell ihre „lieben Mitarbeiter" zum Jahreswechsel: Sie ließ ihnen eine kleine Broschüre überreichen, in der ihnen für die „gemeinsame Meisterung des schwierigen Jahres 1983" gedankt wird und die ihnen nützliche Tips für 1984 gibt.

Nach dem Motto: Mehr schuften, keine Fehlzeiten, kein unnützes Geschwätz mit den Kollegen und schon gar kein Kampf für Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhungen, dann geht es aufwärts für alle.

Welche Sprache in dieser Broschüre gesprochen wird — und welcher Geist daraus spricht —, dafür mögen die beiden Seiten sprechen, die wir hier im Faksimile widergeben.

Gründe genug für eine düstere Bilanz 1984?

Es ist Ihr Arbeitsplatz!

Wohlstand für Sie persönlich und Wohlstand für alle — das entscheidet sich am Arbeitsplatz. Auch an Ihrem Arbeitsplatz! Dies zu erkennen und sinnvoll danach zu handeln — darauf kommt es 1984 an!

Was können und was müssen wir also 1984 an unserem persönlichen Arbeitsplatz tun, damit wir tatkräftig dazu beitragen, den Aufschwung wirklich in Gang zu bringen?
Unsere Bestleistung geben — das ist die Antwort.

- leistungsorientiert
- kostenbewußt
- kundenorientiert
- qualitätsbewußt
- kollegial
- sicherheitsbewußt

Im Endeffekt läuft das auf nichts anderes hinaus, als daß die Honeywell-Arbeiter die Konkurrenz untereinander verstärken und gleichzeitig die Konkurrenzfähigkeit „ihres" Unternehmens gegen andere stärken, in der Hoffnung, daß wenigstens ihr Arbeitsplatz erhalten bleibt.

Und wenn ausgerechnet der nicht zuletzt im Rüstungsgeschäft tätige Multi vom „Friedenswillen" schwätzt, so läuft dieser in Wirklichkeit sicher in den Vorstandetagen eher unter dem Stichwort „geschäftsschädigend".

Aber was so ein richtiger dynamisch-modern ausgerichteter Betrieb ist, der tut noch was, um seine Mitarbeiter in Krisenzeiten zu motivieren. Ob diese Frechheiten wirklich ankommen?

„Fair Housing" oder: Kinder im Dollarparadies

Daß die US-amerikanische Gesellschaft ein großes Vorbild für uns alle ist bzw. zu sein hat, das dürfte seit dem Antritt der Regierung Kohl auch dem Letzten klargeworden sein. Es gibt ja so viele gute Gründe dafür. Auch der „Rote Morgen" hat sich schon verschiedentlich mit den Vorzügen des offiziellen „american way of life" befaßt, und wir wollen all den schlagenden Argumenten diesmal noch eines hinzufügen.

Über den Umgang mit Kindern.

Kinder machen Krach. Und Krach stört. Deshalb gibt es in den USA ganze Wohnsiedlungen, in denen Kinder nicht nur unerwünscht, sondern sogar verboten sind, eine wahrhaft durchgreifende Maßnahme zum Schutz leidgeplagter Bürger. Beziehungsweise der Vermieter, die meinen, ohne Kinder gebe es weniger Probleme in ihren Häusern.

Denn diese Maßnahme geht natürlich auf die Vermieter zurück. Eine bereits im Jahre 1980 erstellte Studie sagt aus, daß damals jeder vierte Wohungsvermittler Familien mit Kindern zurückwies. Jeder zweite gab Wohnungen nur an Ehepaare mit älteren Kindern ab.

In Arizona und Florida entstanden in den letzten Jahren ganze Städte, in denen nur wohnen darf, wer mindestens fünf Jahre alt ist. Zum Beispiel Sun City mit mehr als 25000 Einwohnern. Auch Enkelkinder dürfen dort nicht zu ihren Großeltern ziehen bzw. die Wohnung übernehmen. Klagen dagegen blieben erfolglos.

Eine Klage angestrengt hat vor kurzem die Familie Pomerantz, die in einer Siedlung in Florida ein Haus erwarb. In dieser Siedlung sind Kinder bis zu 16 Jahren verboten, und die Pomerantzen wollten eigentlich auch gar keine haben. Aber dann passierte „ein Unfall", wie die heutige Mutter einer kleinen Erica es selber nennt, und schon bevor die Tochter ihr Leben im Land der unbegrenzten Möglichkeiten beginnen konnte, wurden ihre Eltern nachdrücklich zum Verlassen der Siedlung aufgefordert. Sie wären schließlich vertragsbrüchig geworden. — Das Verfahren läuft noch.

Bisher gibt es nur in einem Staat ein Urteil gegen die beschriebene Praxis: in Kalifornien wurden Kindern inzwischen, zumindest auf dem — wie immer geduldigen — Papier, die gleichen Rechte wie nationalen Minderheiten zugesprochen. Das ist doch noch was. Auf Bundesebene sollen Kinder angeblich in den „Fair Housing Act" aufgenommen werden, durch den die Ablehnung von Mietern aus rassischen oder geschlechtlichen Gründen untersagt wird. Falls das irgendwann einmal tatsächlich der Fall wird, ist endlich alles gut. Dann dürfte die Kinderdiskriminierung in den USA ebenso verschwunden sein wie heute schon die Unterdrückung der Frau und vor allem die Rassendiskriminierung.

Glänzende Aussichten.

Rückleuchte

Die Bedürfnisse der Polizei

Im Dezember 1982 begannen die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in einer Angelegenheit, die als „Dortmunder Polizeiskandal" nicht nur in der Ruhrgebietsstadt, sondern im ganzen Bundesgebiet für einiges Aufsehen sorgte. Die gerichtliche Behandlung dieses Skandals ging in der letzten Woche zu Ende.

Von Diebstahl bis Körperverletzung im Amt reichten die Vorwürfe, die gegen 41 Polizeibeamte erhoben wurden. Man hatte sich nach Einbrüchen, statt sich mit der Aufdeckung allein dieser Straftaten zu beschäftigen, schon mal selber bedient — ganze Warenlager wurden bei den Ordnungshütern gefunden — und auch andere Gelegenheiten persönlicher Bereicherung nicht ausgelassen, und man hatte gegen unliebsame Mitbürger, darunter auch tatsächliche oder vermeintliche Besetzer leerstehenden Wohnraums, schon mal ordentlich zugelangt, weil man ja weiß: Die Gerichte sind einfach zu schlapp.

Aus den 41 Ermittlungen folgten lediglich 18 Anklagen. Letztendlich wurden 14 Beamte verurteilt, wobei die Eigentumsdelikte in der Regel den Staatsanwälten und Richtern als im Verhältnis schwerwiegender erschienen als die Gewalttaten.

Am Ende der Prozeßserie stand dann doch die Verurteilung von drei Polizisten, gegen die 50 Anklagepunkte vorlagen, darunter als schwerster Körperverletzung im Amt, zu Freiheitsstrafen von drei Jahren und sechs Monaten, drei Jahren und drei Monaten sowie einem Jahr und acht Monaten unter Auflage der Zahlung von 3000 DM an den Kinderschutzbund.

Dieses spezielle Verfahren war schon einmal niedergeschlagen worden. Es begann zudem, wie so oft, damit, daß Polizisten Anzeige gegen einen völlig zu Unrecht der Sachbeschädigung beschuldigten und dann zusammengeschlagenen Mann erhoben, wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt". Der Betroffene wiederum hatte gegen die Polizisten geklagt. Mehr durch Zufall kam es zur Wiederaufnahme des Verfahrens und nun zur Verurteilung.

Man sollte nun allerdings nicht hoffen, daß es in Bezug auf die Kriminalität der (Dortmunder) Polizei bei einer bloßen „Rückleuchte" bleiben wird. Zu sehr scheint doch eine Anschauung verwurzelt, die ein Herr Diefenthaler, Mitglied der Polizeigewerkschaft, so formulierte: „Körperverletzung im Amt, das Bedürfnis, dem Festgenommenen jetzt schon mal auf alle Fälle die Schnauze vollzugeben. Man kennt ja genug Beispiele, wo der hinterher, fröhlich pfeifend, den Gerichtssaal verlassen durfte."

Karikatur der Woche



Paßt doch gut zur Honeywell-Aktion, oder?

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mir - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Pe-Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 56, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.